



6. September 2017

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation interessierter Kreise

Aktionsplan Pflanzenschutzmittel

Inhaltsverzeichnis

1	Gegenstand des Konsultationsverfahrens	4
2	Ergebnisse des Konsultationsverfahrens	4
2.1	Eingegangene Stellungnahmen	4
2.2	Stossrichtung des Aktionsplans.....	4
2.3	Priorisierung.....	4
2.4	Ressourcen Kantone und Finanzierung der Massnahmen	5
2.5	Quellenangabe	6
2.6	Spezifische Forderungen zu den einzelnen Kapiteln des Aktionsplans	6
1	Einführung.....	6
1.1	Auftrag des Bundesrates	6
1.2	Vorgehensweise	6
1.3	Bestehende Massnahmen und weitere Tätigkeiten des Bundes	6
2	Wozu braucht es Pflanzenschutz und insbesondere Pflanzenschutzmittel?	7
2.1	Der integrierte Pflanzenschutz	8
2.2	Der biologische Landbau	8
3	Chancen und Konflikte	9
3.1	Chancen des Aktionsplans	9
3.2	Umgang mit den Konflikten zwischen den Schutzzielen	9
4	Risiken von Pflanzenschutzmitteln	9
4.1	Definition Risiko.....	10
4.2	Risiken für den Menschen	10
4.2.1	Einleitung.....	10
4.2.2	PSM-Rückstände in pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln	10
4.2.3	Risikowahrnehmung bei der Bevölkerung.....	11
4.2.4	Risiken für berufliche PSM Anwenderinnen und Anwender.....	11
4.2.5	Risiken für Nachfolgearbeiterinnen und -arbeiter (Worker)	12
4.2.6	Risiken für nicht berufliche Anwenderinnen und Anwender.....	12
4.3	Risiken für die Umwelt.....	12
4.3.1	Risiken für Oberflächengewässer	12
4.3.2	Risiken für das Grundwasser	12
4.3.3	Risiken für die Bodenfruchtbarkeit	12
4.3.4	Risiken für terrestrische Nichtzielorganismen	12
5	Ziele.....	13
5.1	Reduktion der Anwendungen und Emissionen	14
5.2	Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten	15
5.3	Schutz der beruflichen Anwenderinnen und Anwendern	15
5.4	Schutz der nicht beruflichen Anwenderinnen und Anwendern.....	16
5.5	Schutz der Gewässer	16
5.6	Schutz terrestrischer Nichtzielorganismen	17
5.7	Schutz der Bodenfruchtbarkeit	18
5.8	Schutz der Kulturen	18
6	Massnahmen.....	19
6.1	Anwendung.....	19
6.1.1	Reduktion der PSM-Anwendungen	19
6.1.2	Reduktion der PSM Emissionen.....	22
6.1.3	Schutz der Kulturen	23
6.2	Spezifische Risiken	24
6.2.1	Oberflächengewässer	24
6.2.2	Anwenderinnen und Anwender	27
6.2.3	Konsumentinnen und Konsumenten	28
6.2.4	Terrestrische Nichtzielorganismen	29

6.3	Begleitende Instrumente.....	30
6.3.1	Aus- und Weiterbildung und Beratung	30
6.3.2	Forschung.....	31
6.3.3	Monitoring.....	31
6.3.4	Information und Kommunikation.....	33
6.4	Zusätzliche Massnahmen.....	33
6.4.1	Zulassung von PSM	33
6.4.2	PSM-Datenbank	34
6.4.3	Förderung biologischer Landbau.....	34
6.4.4	Schutz des Grundwassers	34
6.4.5	Massnahmen aus dem Pestizid-Reduktionsplan von Vision Landwirtschaft	35
7	Indikatoren	35
8	Evaluation und Berichterstattung.....	35

1 Gegenstand des Konsultationsverfahrens

Die Konsultation der kantonalen Stellen, Verbände und interessierten Organisationen zum Aktionsplan Pflanzenschutzmittel dauerte vom 5. Juli bis am 28. Oktober 2016.

2 Ergebnisse des Konsultationsverfahrens

2.1 Eingegangene Stellungnahmen

Zum Aktionsplan wurden von den kantonalen Stellen, politischen Parteien, Verbänden und Organisationen 191 Stellungnahmen eingereicht. Zudem wurde eine Stellungnahme von einer Einzelperson eingereicht und eine von Greenpeace vorbereitete Stellungnahme wurde von 3468 Einzelpersonen eingereicht.

2.2 Stossrichtung des Aktionsplans

Die Stossrichtung des Aktionsplans PSM wird von den allermeisten Stellungnehmenden grundsätzlich begrüsst. *Die SVP* lehnt den Aktionsplan ab, weil die Risiken von PSM in fast allen Bereichen als gering beurteilt werden. Sie kritisiert, dass weder eine gesetzliche Grundlage noch ein klarer Parlamentsauftrag die Erarbeitung eines Aktionsplans legitimieren würde. *Der Kanton Schwyz* lehnt den Aktionsplan hauptsächlich aus Kostengründen ab und kritisiert, dass die Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Konsumenten und Volkswirtschaft nicht aufgezeigt werden. *Der SVLT* lehnt den Aktionsplan ab, weil mehrere Bereiche unklar sind und ausserlandwirtschaftliche Anwendungen zu wenig hoch priorisiert wurden.

Der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR, NW und VD, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, BV BE, SGPV, VKGS und BFS betrachten den Aktionsplan als ausgewogen. Er decke alle wichtigen Problemfelder rund um den Pflanzenschutz ab, der Nutzen und die Notwendigkeit des chemischen Pflanzenschutzes werden jedoch ungenügend thematisiert. *Gemäss DGE VD, dem Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK* kommt der Aktionsplan dem Auftrag der Bundesverfassung nach, den Menschen und seine natürliche Umwelt vor schädlichen und lästigen Einwirkungen zu schützen. *Eaux souterraines VD, die GLP, die GPS, die EVP, die PSJ, VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger, Cercl'eau, Biosuisse, Demeter, VKMB, Vision Landwirtschaft, Coop, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, Helvetas, das Oekotoxzentrum, EAWAG, FiBL, OdA, die Bildungscoalition, die Gemeinde Rümlang und SFV* wünschen sich einen deutlich ambitionierteren Aktionsplan. Sie weisen darauf hin, dass die Probleme gross und akut seien und die Reduktionsmöglichkeiten viel grösser seien und im Aktionsplan nicht ausgeschöpft würden.

Dem Kanton Bern, SBV und weiteren landwirtschaftlichen Organisationen gehen viele Vorgaben und Massnahmen zu weit. Sie seien in der Praxis in der vorgegebenen Zeit nicht umsetzbar.

2.3 Priorisierung

Mit Ausnahme *der Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen sowie SVGW und weiteren Wasserversorgern* wünschen viele Stellungnehmende eine zusätzliche Priorisierung der Massnahmen. *DIAF FR und economiesuisse* schlagen vor, dass zuerst die bestehenden Massnahmen verstärkt oder verbessert werden.

Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, DIAF FR, das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, VTL, swisspatat, VSKP, SOV, AZO, VSGP, FK Gemüse, SGOV und BPV verlangen eine Beschränkung auf Massnahmen mit hohem Wirkungsgrad und *der Kantone Bern, das Volkswirtschaftsdepartement SG und economiesuisse* legen eine Kostennutzen-Analyse nahe.

Swisspatat, swisscofel und sgv usam schlagen vor, die Massnahmen vor einer Umsetzung auf ihre potentielle Wirkung hin zu überprüfen.

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen sowie SVZ verlangen eine Fokussierung auf die Risiken in den Bereichen Oberflächengewässer, Anwender, Konsument und Risikowahrnehmung bei

der Bevölkerung, *der Kanton Wallis* fordert eine Fokussierung auf die Risiken in den Bereichen Oberflächengewässer und Anwohner.

Economiesuisse, scienceindustries und PSM-Hersteller verlangen für schwer abschätzbare Risiken zuerst das Erstellen einer sinnvollen Datenbasis, um eine bessere Risikoabschätzung zu ermöglichen.

VD ZG, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK wollen eine Fokussierung auf Massnahmen in folgender Reihenfolge: bei der PSM-Zulassung (restriktivere Zulassung und institutionelle Anpassungen), eine griffige Regelung für Anwendungen auf drainierten Flächen, Beratung, Einschränkungen von Anwendungen im Privaten und auf öffentlichen Plätzen, technische Innovationen, Ausbau integrierter und biologischer Produktion, Züchtung von resistenten Sorten und Entwicklung von Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz. *Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL und das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG* empfehlen ebenfalls diese Priorisierung, aber ohne griffige Regelung für Anwendungen auf drainierten Flächen.

2.4 Ressourcen Kantone und Finanzierung der Massnahmen

Die meisten stellungnehmenden kantonalen Stellen und Konferenzen, einige landwirtschaftliche Organisationen, SOV, AZO, SGOV, BPV, scienceindustries, PSM-Hersteller, KIP und BFS kritisieren, der Aktionsplan müsse auch die für die Kantone und/oder Landwirte anfallenden Kosten ausweisen.

Die Kantone Bern, Wallis und Graubünden, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Laboratoire cantonale TI, DDTE NE, DGE VD, dem Umweltschutzamt JU, LDK, BPUK/KVU, KOLAS, KPSD und BFS geben zu bedenken, dass die Kantone nicht die nötigen Mittel für einen Ausbau haben. Viele Massnahmen und Vorschläge seien bereits heute in der entsprechenden Gesetzgebung geregelt, würden aber infolge fehlender Ressourcen im Vollzug nicht adäquat umgesetzt. Werden die direkten Kosten für die Kantone nicht auf einem absoluten Minimum gehalten, drohe die Umsetzung diverser Massnahmen bereits frühzeitig zu scheitern.

Die Kantone Bern und Wallis, das Volkswirtschaftsdepartement OW, DIAF FR, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Landwirtschaftsamt JU, LDK und KOLAS verlangen eine finanzielle Unterstützung der Kantone durch den Bund.

Die Baudirektion ZH, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, der Kanton Schwyz, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Landwirtschaftsamt JU, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, die GLP, die PSJ, VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger, Pro Natura, Helvetas, Cercl'eau, SCNAT und EAWAG verlangen die Einführung des Verursacherprinzips. Die Kosten für Zulassung, Monitoring und Beratung seien nicht durch die Allgemeinheit zu tragen, weshalb die Einführung einer Lenkungsabgabe und die Abschaffung des Reduzierten MwSt.-Satzes (siehe Kapitel 6.1.1.6) unterstützt wird, bzw. wird die Einführung kostendeckender Zulassungsgebühren verlangt.

Die Kantone Bern, Graubünden und Wallis, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, das Volkswirtschaftsdepartement SG, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Landwirtschaftsamt TI, einige landwirtschaftliche Organisationen, SGOV, BPV, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, economiesuisse, sgv usam und KIP warnen, der administrative Aufwand dürfe nicht erhöht werden („administrative Vereinfachung“).

Der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR, NW und JU, VD ZG, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, LDK, KOLAS und BFS warnen, die Direktzahlungsverordnung (DZV) solle nicht zu einer „Aktionsplan PSM-Verordnung“ missbraucht werden, bzw. sprechen sich *das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Landwirtschaftsamt JU, einige landwirtschaftliche Organisationen, Swiss granum, SGPV, VKGS, SGOV und BPV* gegen eine Finanzierung der Massnahmen aus dem bestehenden Budget der Direktzahlungen aus. Demgegenüber sprechen sich zahlreiche Stellungnahmen für eine Anpassung der DZV zur Unterstützung des Aktionsplans aus (z.B. *BPUK/KVU,*

die EVP, die GLP, die GPS, SVGW und diverse Wasserversorger, SKS, Greenpeace, Vision Landwirtschaft und die Eawag).

2.5 Quellenangabe

Die EVP, die PSJ, VKMB, Bioterra+VdGV, CVA, Vision Landwirtschaft, SOV, AZO, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt und Naturschutzorganisationen, SCNAT, EAWAG und WS Helvetas vermissen Quellenangaben zu den einzelnen Aussagen im Aktionsplan (insb. Kapitel 2 und 4).

2.6 Spezifische Forderungen zu den einzelnen Kapiteln des Aktionsplans

1 Einführung

1.1 Auftrag des Bundesrates

Die Kantone Schwyz, Graubünden und Wallis, der SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, SOV, AZO, VSGP, FK Gemüse, GVBF, SGOV, BPV, scienceindustries, PSM-Hersteller, MGB, Coop, sgv usam und HAFL begrüßen die gleichwertigen Berücksichtigung der 3 Schutzziele. Eaux souterraines VD, die GLP, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva, VSA, OdA, die Bildungscoalition und FiBL fordern den Schutz des Menschen und der Umwelt höher zu gewichten als den Schutz der Kulturen.

Der Kanton Graubünden, die GLP, die GPS, die EVP, die PSJ, VKMB, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, Coop, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL, EAWAG und SFV wünschen, dass der iterative Prozess genauer beschrieben wird und einen Zeit-, Management- und Finanzplan für die zukünftige Evaluation von Massnahmen und die Entwicklung neuer Massnahmen enthält.

1.2 Vorgehensweise

Die Kantone Bern und Wallis, die Baudirektion ZH, der Umweltschutz Kanton UR, das Landwirtschaftsamt TI, das Landwirtschaftsamt JU, DDTE NE, DETA GE, der SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, Vision Landwirtschaft, fenaco, SLV-ASMA, SVLT, SVZ, swisspatat, VSKP, VSGP, FK Gemüse, GVBF, Coop, HAFL, FiBL, Greenpeace, die Vogelwarte Sempach und sgv usam bemängeln, dass Biozide und/oder ausserlandwirtschaftliche Anwendungen nicht gleichwertig wie landwirtschaftliche Anwendungen im Aktionsplan berücksichtigt werden.

Für den Schutz der Grund- und Oberflächengewässer empfehlen der Kanton Graubünden, DIAF FR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, VTL, VSGP, FK Gemüse, Aqua Viva, CIPEL und HAFL eine höhere Priorisierung der Anwendungen in öffentlichen Anlagen und/oder der privaten Anwendungen.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, Pusch, Aqua Viva, und FiBL möchten, dass die „Declaration of Interest“ der Arbeitsgruppenmitglieder, die Massnahmen vorgeschlagen haben, der Glaubwürdigkeit wegen offengelegt werden. Sie verlangen zudem, dass die Zieldefinition in der zukünftigen Weiterentwicklung der Massnahmen klarer sei. FiBL begrüsst die aktuelle Zieldefinition in Kapitel 5.8. VKMB, Vision Landwirtschaft und die Vogelwarte Sempach kritisieren, dass nur von den Arbeitsgruppen erarbeitete Massnahmen geprüft worden seien.

Vision Landwirtschaft, Coop, SKS, Greenpeace, WWF BirdLife, Pusch und Aqua Viva vermissen die Erwähnung der Stakeholderworkshops und deren Beitrag am Aktionsplan.

1.3 Bestehende Massnahmen und weitere Tätigkeiten des Bundes

Es wurden Anträge auf Ergänzung der Auflistung weiterer Tätigkeitsbereiche des Bundes gestellt:

- “Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten“ (*Kanton Graubünden, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, das Departement des Innern SH und die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau*)
- „Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016-2019“ und in die „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung“ (*Helvetas*)
- “Les dispositions de la législation suisse sur les eaux” (*SEn/AfU*)
- die landwirtschaftliche Forschung durch Agroscope (*Kanton Bern, BV BE, VTL, SOV und AZO*)

Der Kanton Bern, das Departement des Innern SH, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DTE/SCAV, DGE VD, das Volkswirtschaftsdepartement SG, VKCS, GDK und Cercl'eau möchten, dass der Begriff „Nichtzielorganismen“ eindeutig definiert und entsprechend verwendet wird.

2 Wozu braucht es Pflanzenschutz und insbesondere Pflanzenschutzmittel?

Der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR und NW, VD ZG, VD SO, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD und BFS begrüssen, dass in diesem Kapitel wichtige Erkenntnisse erläutert werden. Gemäss *EVP, Vision Landwirtschaft, SKS, Greenpeace, Pro Natura, PNV, PNG, WWF, BirdLife, der Vogelwarte Sempach und Aqua Viva* widerspricht der gesamte erste Absatz den Grundsätzen der Agrarökologie und ist agronomisch-fachlich überholt. Er solle daher entfernt werden. Für *Pusch und EAWAG* ist das ganze Kapitel 2 schlecht strukturiert und inhaltlich nicht mit den anderen Teilen verknüpft und daher entweder zu streichen oder umzuformulieren.

Der Nutzen und die Notwendigkeit des chemischen Pflanzenschutzes werden ungenügend thematisiert, bemängeln *der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR, NW und VD, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, BV BE, VTL, SOV, AZO, SGPV, VKGS und BFS.*

BVBB, Omya und Syngenta möchten die Produktesicherheit viel stärker gewichten, z.B. enthalte Stroh von Extenso Weizen viel mehr Pilzsporen, welche zum Teil gesundheitsschädlich seien.

Für *FBS, BV SG, Swisscofel, swisspatat, SGOV, BPV, MGB und sgv usam* ist die Erhaltung der Produktqualität zwingend, insbesondere von frischem Obst und Gemüse, da diese ansonsten vermehrt aus dem Ausland importiert werden müssten. Auch *Coop* sieht kein Potential bei der Reduktion der Qualitätsansprüche. *DIAF FR, DETA GE, das Landwirtschaftsamt JU, die GPS, die EVP, Bio Suisse, Demeter und das Oekotoxzentrum* hingegen schlagen eine Revidierung der Qualitätsvorschriften des Handels vor, bzw. Massnahmen um ein Umdenken bei den Verteilern und Konsumenten hervorzuführen.

VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Greenpeace und Pro Natura, NVSB, die Vogelwarte Sempach und FiBL verlangen die Streichung des Absatzes, welcher beschreibt, dass fehlende Behandlungsmöglichkeiten zu einem erhöhten Import von Lebensmitteln und somit zum Export der Risiken führen können, da einerseits Kulturen dort angebaut werden sollten, wo Böden und Klima dafür optimal geeignet seien und andererseits die Aufgabe von Kulturen nicht zwingend zu einer Verminderung der Schweizer Produktion führen würde, weil die aufgegebenen Kulturen durch andere Kulturen ersetzt würden, die besser für den Schweizer Anbau geeignet wären. *EVP, asci, SKS, WWF, BirdLife und Aqua Viva* wollen nur den Satz streichen, dass der Aktionsplan nicht zu diesem Effekt führen solle (Risiken exportieren, aber nicht verringern).

Der Kanton Schwyz, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen möchten, dass das Schadpotential neuer Schadorganismen bei der weiteren Entwicklung des Aktionsplans gebührend berücksichtigt werde und ein entsprechendes Kapitel Neophyten und Neozoen eingefügt wird.

2.1 Der integrierte Pflanzenschutz

Die EVP, VKMB, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife und Aqua Viva möchten, dass die Feldhygiene als weitere Präventionsmassnahme in die IPM-Pyramide aufgenommen wird.

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, swisspatat und VSKP erklären, dass Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz oftmals auch weniger Sicherheit böten und wünschen, dass die präventiven Massnahmen, welche die Schweizer Landwirtschaft heute bereits umsetzt, im Aktionsplan deutlich hervorgehoben werden.

2.2 Der biologische Landbau

EVP, VKMB, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Aqua Viva und FiBL erläutern, dass im biologischen Landbau Ertragsverluste und zusätzlichen Produktionskosten meist durch höhere Marktpreise und Direktzahlungen mehr als kompensiert werden könnten. Bio Suisse und Demeter verlangen die Streichung der Aussagen zum Minderertrag im biologischen Landbau. Sie betonen, dass solche Pauschalaussagen falsch seien und dass gute Biobetriebe ähnliche Tonnen/Hektare-Erträge hätten, wie konventionelle Betriebe und dass je nach Kultur im Biolandbau sogar Mehrererträge möglich seien. BV BE führt aus, dass im biologischen Landbau einige Kulturen, insbesondere Spezialkulturen, wegen deutlich höheren Arbeitsaufwandes und/oder den hohen Qualitätsansprüchen nicht marktfähig seien.

Der Kanton Schwyz, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SVZ, VSGP, FK Gemüse, scienceindustries und PSM-Hersteller verlangen eine Klarstellung, dass sowohl in der konventionellen wie auch in der biologischen Landwirtschaft Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden, im biologischen Landbau sei nur der Einsatz von synthetisch-chemischen PSM verboten. Scienceindustries und PSM-Hersteller ergänzen, dass rund ein Drittel der in der Schweiz verkauften PSM im biologischen Landbau zugelassen seien.

Bio Suisse, Demeter, Greenpeace und FiBL führen aus, dass die Umstellung von konventionellen Betrieben auf Biolandbau zu einer Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln führe. Bio Suisse, Greenpeace und FiBL präzisieren zudem die Grösse der landwirtschaftlichen Nutzfläche, welche nach den Anforderungen des biologischen Landbaus bewirtschaftet wird (12.8%, wobei der Anteil seit Jahren zunimmt. Die kantonale Bandbreite reicht von 5.1% (AI) bis 58.6% (GR).)

Bio Suisse, Demeter und Greenpeace betonen, dass die biologische Produktion ein anderes Spektrum der multifunktionalen Leistungen als konventionelle Produktionsformen erbringt und dabei sehr leistungsfähig sei. Der Biolandbau sei innovativ bezüglich der Verwendung von Nützlingen, Lockstoffen, Antagonisten oder mechanischen Verfahren, von welchen auch andere Produktionssysteme profitieren. Lücken müssen in den nächsten Jahren noch geschlossen werden durch: Lösungen für bestimmte Problemorganismen wie den Rapsglanzkäfer oder die Blacke, besonders auf den Biolandbau zugeschnittene Sortenzüchtung, verbesserte mechanische Begleitkrautregulierung, Alternativen für Kupfer.

Das Departement des Innern SH möchte, dass die verringerte Ertragsstabilität im biologischen Anbau und ihre Konsequenzen erwähnt werden. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU verlangt, dass eine Betrachtung der Energiebilanz in den Aktionsplan einfließt. Im Biolandbau seien insbesondere beim Pflanzenschutz in Obstkulturen oder bei der Unkrautvertilgung in Ackerkulturen mehr Überfahrten auf dem Feld nötig, was zu höherem Energieverbrauch und höherer Bodenbelastung führe.

3 Chancen und Konflikte

3.1 Chancen des Aktionsplans

Das Landwirtschaftsamt JU, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, Pusch, Aqua Viva, FiBL, HAFL und EAWAG begrüßen, dass die Chancen des Aktionsplans aufgeführt werden.

Prométerre, apisuisse, SOV und AZO verlangen, dass die Massnahmen des Aktionsplans so definiert werden, dass sie für die Landwirtschaft konkrete Vorteile bieten. Deshalb sei auf die „Kann“-Formulierungen zu verzichten.

Apisuisse möchte, dass der Hinweis auf den „Nationalen Massnahmenplan Bienengesundheit“ entfernt wird.

3.2 Umgang mit den Konflikten zwischen den Schutzzielen

Die EVP, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und Aqua Viva bemängeln, dass die Bewertung der Massnahmen auf Basis (klar messbarer) ökonomischer Konsequenzen und der Effizienz der Risikoreduktion andererseits nicht sinnvoll ist.

Die GLP, EVP, Coop und economiesuisse fordern, dass die ökonomischen Konsequenzen in der Landwirtschaft möglichst mit den externen Kosten des Pestizideinsatzes gegengerechnet werden. Scienceindustries und PSM-Hersteller möchten eine strukturierte Regulierungsfolgenabschätzung sowie eine Analyse der Auswirkungen der vorgeschlagenen Massnahmen auf die landwirtschaftliche Inlandsproduktivität.

Die Kantone Bern und Schwyz, SOV und AZO verlangen, dass die Risiken, die sich aus zusätzlichen Restriktionen insbesondere für die Landwirtschaft ergeben (Mehraufwände, Mindererträge, erhöhte Risiken), im Aktionsplan umfassend und analog der übrigen Risiken beziffert und bewertet werden.

Gemäss Vision Landwirtschaft und der Vogelwarte Sempach existieren zahlreiche PSM-Reduktionsmassnahmen, welche die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft erhöhen.

Bio Suisse, Vision Landwirtschaft und FiBL verlangen, dass der Absatz gestrichen wird, in dem ausgeführt wird, dass Massnahmen ausgewählt werden sollen, die ein möglichst günstiges Verhältnis aufweisen zwischen der Effizienz bei der Reduktion der Risiken für Mensch und Umwelt auf der einen Seite und den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft auf der anderen Seite.

4 Risiken von Pflanzenschutzmitteln

Der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR, NW und VD, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, BV BE, SGPV, VKGS und BFS sind der Ansicht, dass die Risiken ausführlich und objektiv beschrieben werden, der Aktionsplan ausgewogen ist und alle wichtigen Problemfelder rund um den Pflanzenschutz abdeckt.

Der Kanton Graubünden, VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, die Vogelwarte Sempach, VSA, OdA, die Bildungscoalition und FiBL möchten, dass die Passage gestrichen wird, welche ausführt, dass der Aktionsplan nicht auf eine pauschale Mengenreduktion zielt.

Die Baudirektion ZH, der Kanton Bern, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorium cantonale TI, die Sezione aria acqua suolo TI, DGE VD, DTE/SCAV, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Vision Landwirtschaft, die Vogelwarte Sempach, SWG und Cercl'eau vermissen einen Hinweis auf das Risiko von Mischungen und Mehrfachwirkungen.

4.1 Definition Risiko

Die Kantone Bern und Schwyz, VD ZG, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorium cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Vision Landwirtschaft, SWG, VSA, Cercl'eau, OdA und die Bildungscoalition verlangen, den Begriff Risiko umfassender zu definieren. Generell sei der Aspekt der Verunreinigung von Umweltkompartimenten, insbesondere der langfristigen Verunreinigung des als Trinkwasser genutzten Grundwassers mit derzeit als nicht-relevant geltenden Stoffen, zu berücksichtigen.

VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und FiBL möchten eine Ergänzung des Begriffs „Risiken“ mit den Begriffen „Schäden“ und „Belastungen“ (gegenüber Mensch und Umwelt).

4.2 Risiken für den Menschen

4.2.1 Einleitung

4.2.2 PSM-Rückstände in pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratorium cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und Vision Landwirtschaft möchten, dass die Aussagen zum Risiko eines einzelnen PSM-Rückstandes grundsätzlich als hypothetisch deklariert werden.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratorium cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, DTE/SCAV, BPUK/KVU, VKCS und GDK verlangen, dass auf die Angabe der Zahlen betreffend gesundheitsgefährdender Proben aus dem Kanton Zürich verzichtet wird. Die Baudirektion ZH erläutert, dass die Daten nicht korrekt wiedergegeben und falsch interpretiert worden sind.

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SLV-ASMA und SVZ erwarten, dass in diesem Kapitel auf die zum Teil grossen Unterschiede zwischen Lebensmitteln, welche in der Schweiz, der EU, Amerika und Asien produziert werden, eingegangen wird.

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratorium cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK kritisieren die Aussage, wonach Lebensmittel aus anderen Ländern eine höhere Beanstandungsquote erreichen als zu pauschal. Es solle präzisiert werden, dass sich diese Aussage nur auf einzelne Länder bezieht.

Die EVP, VKMB, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva und EAWAG vermissen eine Bezugsregion für die Aussage, dass keine auf PSM-Rückstände zurückzuführende Lebensmittelvergiftungen bekannt seien.

Gemäss *Vision Landwirtschaft, der Vogelwarte Sempach und FiBL* muss der einleitende Absatz zu PSM Mehrfachrückständen vollständig überarbeitet werden. Eine der grössten Unsicherheiten bei der Bewertung der Risiken von PSM betreffe die Auswirkungen von Langzeit-Belastung durch Mehrfachrückstände.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Coop, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, Pusch, Aqua Viva und FiBL möchten einen zusätzlichen Absatz zu systemimmanenten Schwächen der Risikobewertung (ständige Weiterentwicklung der Risikobewertung).

4.2.2.1 PSM-Rückstände im Trinkwasser

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen sowie SVZ äussern die Meinung, dass im Grundwasser eine Vielzahl von Stoffen vorkomme, die nicht der Landwirtschaft entstammen und für die es bis 100-fach höhere Grenzwerte gebe (u. a. Benzol, Quecksilber, Blei oder organische chemische Verbindungen mit unbekannter Toxizität) als für PSM und deren relevante Metaboliten.

Die Baudirektion ZH erläutert, dass in der Regel Grundwasser, das zu Trinkzwecken genutzt wird, nicht aufbereitet werden müsse.

Der Kanton Graubünden, Eaux souterraines VD, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, Bio-terra+VdGV, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, OdA, die Bildungscoalition, FiBL und EAWAG sind der Meinung, dass die numerische Anforderung an das genutzte Grundwasser bzw. der Trinkwassertoleranzwert von jeweils 0.1 µg/L auch für nicht relevante Metaboliten gilt, aber in vielen Fällen nicht eingehalten wird. *DIAF FR* möchte, dass die nicht relevanten und relevanten Metaboliten gleich behandelt werden. *HAFI* jedoch begrüsst diese Unterscheidung.

Gemäss der Baudirektion ZH, dem Kanton Schwyz, VD ZG, VD SO, der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, dem Departement des Innern SH, dem Departement Bau und Volkswirtschaft AR, den 3 stellungnehmenden Departementen des Kantons Aargau, dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, dem Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, dem Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Vision Landwirtschaft, der Vogelwarte Sempach, SWG und Cercl'eau darf das Risiko von langlebigen Abbauprodukten nicht verniedlicht werden, PSM-Metaboliten können jahrzehntelang im Grundwasser verbleiben. Es sei der Wille des Gesetzgebers gewesen, dass mit der Anforderung von 0.1 µg/L das Grundwasser auch wirksam gegen alle PSM-Metaboliten geschützt werde, in rund drei Vierteln der Grundwassermessstellen des landwirtschaftlich intensiv genutzten Mittellandes werde dieser Wert aber vom Wirkstoffen und/oder Metaboliten überschritten.

4.2.3 Risikowahrnehmung bei der Bevölkerung

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, FiBL, Pusch, Aqua Viva und EAWAG fordern eine Umbenennung des Kapitels 4.2.3 Risikowahrnehmung bei der Bevölkerung in „Risiken für Konsumenten und Konsumentinnen und Risikowahrnehmung in der Bevölkerung“. Zusammen mit dem *Oekotoxzentrum* verlangen sie zudem eine Streichung des Satzes „Sogar die Präsenz von unbedenklichen Rückständen von Zusatzstoffen im Trinkwasser, wie z.B. des Süsstoffes Acesulfam, wird weitherum abgelehnt.“

4.2.4 Risiken für berufliche PSM Anwenderinnen und Anwender

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, Vision Landwirtschaft, acsi, Greenpeace, Pro Natura, WWF, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva und FiBL beantragen eine Streichung der Passage „Oftmals sind Kausalitäten zwischen der langfristigen Anwendung von PSM und beobachteten chronischen Erkrankungen aufgrund methodischer Schwierigkeiten und Einschränkungen der Studien jedoch schwierig nachzuweisen.“ Zusammen mit *SKS und WS Helvetas* möchten sie zudem die Präzisierung, dass im Zulassungsverfahren die Risiken „nach heutigem Kenntnisstand“ gut einge-

schätzt werden können. Für *scienceindustries* und *PSM-Hersteller* ist es hingegen schwierig Kausalitäten zwischen der langfristigen Anwendung von PSM und chronischen Erkrankungen nachzuweisen. Risiken seien erst vorhanden, wenn die Schutzausrüstungen nicht getragen würden.

4.2.5 Risiken für Nachfolgearbeiterinnen und -arbeiter (Worker)

Die Kantone Bern und Schwyz, SOV und AZO fordern, dass die Aussage „Es ist davon auszugehen, dass die Wartefristen (meist 48 Stunden) von den Workern oft nicht eingehalten werden.“ entfernt oder belegt wird.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Coop, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, Pusch, Aqua Viva und FiBL verlangen einen zusätzlichen Absatz zu Mehrfachbelastungen, weil in der Schweiz Anwender/Anwenderinnen oft die gleichen Personen seien wie die Worker.

4.2.6 Risiken für nicht berufliche Anwenderinnen und Anwender

Die Baudirektion ZH, der Kanton Schwyz, VD ZG, SEn/AfU, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Sezione aria acqua suolo TI, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und Cercl'eau möchten, dass „Hobbyanwender“ und „nichtberufliche Anwender“ durchgehend als „private Verwender“ bezeichnet werden (gemäss ChemV).

4.3 Risiken für die Umwelt

4.3.1 Risiken für Oberflächengewässer

Der Kanton Graubünden, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, die EVP, Bio Suisse, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Aqua Viva, FiBL und EAWAG möchten, dass bei der Beschreibung des Risikos für Gewässerorganismen auf die Präzisierung „wegen einzelner PSM-Wirkstoffe“ verzichtet wird, auch Mischungen würden zum Risiko beitragen.

Greenpeace, WWF, Aqua Viva und BGS weisen auf einen zusätzlichen Eintragsweg in die Oberflächengewässer hin: Transport, Sorption und Desorption im Boden.

4.3.2 Risiken für das Grundwasser

Der Kanton Graubünden, die EVP, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva, VSA, OdA, die Bildungscoalition, FiBL und EAWAG verlangen die Streichung der Aussage, es bestünden Anhaltspunkte, dass für Porengrundwasserleiter das Risiko gering sei.

4.3.3 Risiken für die Bodenfruchtbarkeit

Der Kanton Bern, Umweltschutz Kanton UR, SEn/AfU, Vision Landwirtschaft, die Vogelwarte Sempach, BGS und Cercle sol erläutern, dass gebundene PSM-Rückstände im Boden heute mit einem gewissen Aufwand messbar seien.

Gemäss Greenpeace, WWF, Oekotoxzentrum, Cercle sol und BGS bestehen grosse Wissenslücken und Handlungsbedarf über den Einfluss von PSM Wirkstoffen auf die Bodenorganismen.

4.3.4 Risiken für terrestrische Nichtzielorganismen

VD ZG, das Departement des Innern SH, DGE VD, DTE/SCAV, VKCS, GDK, die EVP, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, apisuisse, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva und Cercl'eau kritisieren, dass die Risiken der PSM für Insekten verniedlicht würden und beantragen eine stärkere Gewichtung der Auswirkungen der PSM auf Arthropoden.

Die Vogelwarte Sempach weist darauf hin, dass indirekte Wirkungen von PSM für Vögel und andere Nichtzielorganismen ein wesentliches Risiko darstellen. Eine Schwachstelle bei der Risikobeurteilung sei zudem, dass diese davon ausgehe, dass die Anwendung von Pestiziden immer fachlich korrekt durchgeführt werde.

Karch verlangt die Streichung der Aussage, die akute Toxizität von PSM auf Amphibien sei mit der Toxizität für Fische vergleichbar. Zudem sei klar, dass unterschiedliche Formulierungen desselben PSM (z.B. Glyphosat) sich sehr stark in der Toxizität unterscheiden und daher sei der Hinweis "die Bedeutung der Formulierungshilfsstoffe für die Toxizität sind zurzeit noch wenig untersucht" zu entfernen. Weiter würden die verfügbaren Studien auf eine starke Exposition der Amphibien hindeuten, welche auch die landwirtschaftlichen Parzellen als Landlebensraum nutzen würden.

KOF führt aus, dass Spuren von Neonicotinoiden die Gedächtnisleistung von Fledermäusen und diversen Insekten merklich reduzierten und manche Fledermausarten ihre Nahrung direkt am Boden oder auf Pflanzen erbeuten würden. Es sei daher nicht auszuschliessen, dass sie auch frisch tote, vergiftete Insekten aufnehmen würden. Aus diesen Gründen sei die Aussage "Für Vögel und Säuger sind die Risiken direkter Effekte durch die Aufnahme von PSM über die Nahrung in der Regel gering." zu streichen.

FiBL beantragt die Streichung der Passage „Eine effiziente mechanische Unkrautbekämpfung hat ähnlich negative Auswirkungen.“ und eine Ergänzung „die intensive, durch PSM ermöglichte Landwirtschaft hat zu einer Verarmung der Biodiversität geführt“. Der Einfluss von PSM auf die terrestrische Biodiversität im Gesamtkontext der Intensivierung der Landwirtschaft sei bekannt.

Vision Landwirtschaft und die Vogelwarte Sempach fordern ein neues Kapitel „Auswirkungen von PSM auf die Ökosysteme und die Ökosystemleistungen“.

5 Ziele

Die Baudirektion ZH, der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, VD SO, DDTE NE, LDK, KOLAS und KPSD halten die Ziele für sinnvoll, ambitioniert und mehr oder weniger realistisch.

VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Coop, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva, FiBL und EAWAG begrüßen die Etappierung der Ziele (Zwischenziele) bei gleichzeitiger Richtungsvorgabe (Leitziele).

Die Kantone Bern und Schwyz, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und Cercl'eau möchten wissen, wie der heutige Stand für die verschiedenen Ziele bestimmt werden soll. Mit Ausnahme von *VD SO* sind sie der Meinung, dass zurzeit sowohl das politische Einverständnis der involvierten Parteien auf einen gültigen Standard sowie – zumindest teilweise – eine entsprechende Datenbasis fehlten.

Die GPS, Vision Landwirtschaft, Coop, apisuisse, die Vogelwarte Sempach und Helvetas verlangen, dass der Zeithorizont der Zielsetzungen verkürzt wird, z.B. auf 2022.

ZBV, SOB, VTL, CNAV, SLV-ASMA, Coop, SCNAT und Oekotoxzentrum kritisieren, dass eine Unklarheit zwischen generellem Ziel, der Stossrichtung, den Handlungsbereichen, Leitzielen und Zwischenzielen bestehe.

Für SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SOV, AZO und Coop muss die Berechnung der Risikoreduktion zwingend auf wissenschaftlicher Basis erfolgen.

5.1 Reduktion der Anwendungen und Emissionen

Der Kanton Wallis, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, VSKP, asci, FRC und HAFL begrüßen grundsätzlich die Stossrichtung, die heutigen Risiken von PSM zu halbieren und die Anwendung nachhaltiger zu gestalten.

Viele Stellungnehmende bemängelt, dass das Leitziel zur Reduktion der Risiken um 50% nicht terminiert ist und kein entsprechender Indikator vorgesehen ist, um die Erreichung des Leitziels zu überprüfen. *Der Kanton Graubünden, die EVP, Bio Suisse, SVGW und weitere Wasserversorger, Coop, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL, die Gemeinde Rümlang und SFV empfehlen einen entsprechenden Indikator durch eine externe unabhängige Stelle prüfen zu lassen.*

GPS, Bio Suisse, Demeter, Greenpeace, FiBL und 3468 Einzelpersonen fordern ein Ausstiegsszenario für den Einsatz von chemisch-synthetischer PSM. SEN/AfU möchte einen vollständigen Verzicht auf PSM. GPS, VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger und Vision Landwirtschaft vermissen eine Vision, mit einem längerfristigen Entwicklungsziel. GPS und Vision Landwirtschaft fordern eine Risikoreduktion von mindestens 75%. SCNAT wünscht sich die Formulierung eines grundsätzlichen Zieles, das eine kontinuierliche Reduktion der unerwünschten Auswirkungen und Risiken von PSM anstrebt („Die Risiken von PSM werden deutlich und kontinuierlich reduziert.“).

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz und Wallis, die Landwirtschaftsämter UR, NW und VD, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVLT, SVZ, VSKP, GVBF, Landi, scienceindustries, Omya, BASF, Syngenta, HAFL, Oekotoxzentrum und BFS halten das Zwischenziel 1 zur Reduktion der PSM-Anwendungen für ambitioniert, kritisieren aber den grossen Interpretationsspielraum. Es sei nicht klar, welche Produkte betroffen seien, was mit dem Begriff „Anwendungen“ gemeint sei und auf welcher Datengrundlage die Referenzperiode 2012-2015 basiere.

Die Baudirektion ZH, der Kanton Schwyz, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, VSA, Cercle'eau, OdA und die Bildungscoalition fordern, dass PSM als „PSM mit einem besonderen Risikopotential“ gelten, wenn sie eines der 3 folgenden Kriterien erfüllen: Einstufung mit GHS06, GHS08 oder H410, als Rückstände in Lebensmitteln, bzw. in der Umwelt wiederholt Höchst- oder Anforderungswerte überschreiten oder langlebige Abbauprodukte gebildet werden.

Die GLP, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, Coop, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, PNV, PNG, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, OdA, die Bildungscoalition, FiBL, EAWAG und die Gemeinde Rümlang verlangen, dass PSM mit besonders hohem Gefahrenpotential (Kriterien: KEMI 2008) bis 2020 nicht mehr eingesetzt werden und dass die Anwendungen von PSM mit hohem Gefahrenpotential (Kriterien: Pesticide Action Network HHP 2015) bis 2021/2026 um 50% gegenüber der Periode 2012-2015 reduziert werden“.

Für Karch, KOF, SCNAT, Oekotoxzentrum und WS Helvetas ist das Zwischenziel 1 zu wenig ambitioniert.

Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, VTL, SVZ und VSKP halten das 12% Reduktionspotential der Anwendungen für eine grosse, aber realistische Herausforderung. Die EVP, VSA, OdA und die Bildungscoalition verlangen eine Neuberechnung des Reduktionspotentials auf Basis des Pestizid-Reduktionsplans von Vision Landwirtschaft.

Das Zwischenziel 2 zur Reduktion der Emissionen wird durch *den Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Verbände, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, VSKP, Coop und HAFL* begrüsst und durch *SOV und AZO* abgelehnt, da es zu pauschal formuliert sei.

Die Baudirektion ZH, der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, DIAF FR, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD und LOS wünschen eine Klärung, was unter dem Begriff „Emissionen“ gemeint ist und auf welcher Datengrundlage die Referenzperiode 2012-2015 beruht.

Die EVP, Bio Suisse, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, apisuisse, acsi, SKS, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, OdA, die Bildungscoalition, FiBL und SCNAT wollen eine stärkere Reduktion der Emissionen um 50% bis 2021. *Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, VSGP und FK Gemüse* möchten keine konkreten Reduktionszahlen.

5.2 Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten

Die Kantone Bern und Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, SwissTabac, VSKP, MGB und HAFL begrüssen das Leitziel und/oder die Zwischenziele.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, Vision Landwirtschaft, SKS, acsi, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife und weitere Umwelt- und Naturschutzvereine, FiBL, die Gemeinde Rümlang und WS Helvetas verlangen ein zusätzliches Zwischenziel: „Bis 2021 werden die Exposition und das Risiko für besonders sensible Bevölkerungsgruppen (chronisch Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter, etc.) gesondert erhoben und auf dieser Basis Ernährungsempfehlungen angepasst.“

FRC fordert eine Halbierung der Rückstände in Lebensmitteln und ein Verbot von Produkten mit kumulativer Wirkung.

Der Kanton Wallis möchte auch ein Ziel für Anwohner. *Swiss granum, SGPV und VKGS* möchten, dass die Konsumenten über die Gründe des PSM-Einsatzes und die gesetzlichen Grundlagen informiert werden.

5.3 Schutz der beruflichen Anwenderinnen und Anwendern

Die Baudirektion ZH, der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, LDK, KOLAS, ZBV, BV BE, SOB, CNAV, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, SwissTabac, HAFL und BFS begrüssen die Ziele, erwähnen jedoch, dass diese mit EU-Normen und Werten (z.B. den EU-Bestimmungen zum Anwenderschutz) koordiniert werden sollten. *Ausser DIAF FR* empfehlen dieselben Kreise auch, dass bei der Beurteilung der Risiken von PSM auf die Anwenderinnen und Anwender auch die Gesundheitswirkungen von Kosmetika, Medikamenten und Haushalt-Chemikalien berücksichtigt werden sollten. *Der Kanton Wallis, IVA, scienceindustries, PSM-Hersteller und BUL* betonen, dass sie alle Anstrengungen zur Verbesserung des Anwenderschutzes unterstützen.

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Landwirtschaftsamt JU und VTL bemängeln, dass eine Reduktion der chronischen Risiken um 50% nicht messbar sei und beantragen daher einen Verzicht auf eine Reduktionszahl im Leitziel. *Für Agridea* ist das Zwischenziel 1 zu wenig spezifisch und nicht quantifizierbar.

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, swisspatat, VSKP erläutern, dass das grösste Risiko für die Anwender beim Bereitstellen der Ladung (PSM-Spritzer) besteht. Auf Schweizer Verhältnisse angepasste und handliche Dosiersysteme (kleine Mengeneinheiten) könnten hier Abhilfe schaffen. Zudem fordern sie zusammen mit *SLV/ASMA und SwissTabac* eine Förderung von Kabinenfahrzeugen mit Aktivkohlefilter und von elektromagnetischen Ventilen am Spritzgerät.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Coop, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, Pusch, Aqua Viva und FiBL verlangen ein zusätzliches Zwischenziel: "Die kumulative Belastung von Anwendern und Anwenderinnen, die gleichzeitig Nachfolgearbeiten leisten, wird erhoben."

5.4 Schutz der nicht beruflichen Anwenderinnen und Anwendern

Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, VSKP, SwissTabac, MGB, Coop, SKS, scienceindustries, PSM-Hersteller, WWF und Aqua Viva begrüssen die vorgeschlagenen Ziele.

DTE/SCAV, VKCS, GDK, GPS, die EVP, VKMB, Bio Suisse, FRC, SKS, Greenpeace, BirdLife, Aqua Viva und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL, Gemeinde Rümlang und 3468 Einzelpersonen fordern eine Einschränkung und ein Verbot des Einsatzes chemisch-synthetischer PSM und sehr gefährlicher biologischer PSM für nicht berufliche Anwenderinnen und Anwender. *VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DGE VD, DTE/SCAV, VKCS, GDK, NVSB, SCNAT und WS Helvetas* verlangen eine Einschränkung auf PSM, welche als "very low risk" taxiert sind und einfach zu dosieren sind („ready to use“).

Der Kanton Wallis und das Landwirtschaftsamt TI geben zu bedenken, dass auch nicht-berufliche Verwender Lebensmittel produzieren (z. B. Wein) und daher PSM verwenden können müssten.

5.5 Schutz der Gewässer

FRC, scienceindustries und PSM-Hersteller begrüssen die Ziele.

Der Kanton Bern, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, BPUK/KVU, die Sezione aria acqua suolo TI, die GLP, die EVP, die PSJ, VKMB, Bio Suisse, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, karch, BGS, VSA, OdA, die Bildungskolalition, FiBL, EAWAG, Cercle'eau, SCNAT und die Gemeinde Rümlang kritisieren, dass die Reduktion der Überschreitungen der numerischen Anforderungen in den Fliessgewässern um 50% gemäss Zwischenziel 1 nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche. Einige verlangen eine möglichst schnelle Erreichung der Gesetzeskonformität, andere, dass bis 2021 keine Überschreitungen der numerischen Anforderungen an die Wasserqualität gemäss GSchV (und einer Konzentration von mehr als 0.1 µg/l) einzelner Wirkstoffe mehr gemessen werden.

Die Kantone Bern und Schwyz, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SLV-ASMA, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse, HAFL und BFS möchten eine genau Klärung, welche Messungen (Methoden und Gewässer) für die Bestimmung der Zielerreichung von Zwischenziel 1 berücksichtigt werden.

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSKP, VSGP und FK Gemüse kritisieren, das Zwischenziel 2 sei nicht verständlich beschrieben und die Auswirkungen daher nicht abschätzbar. *Die Baudirektion ZH und Cercle'eau* bemängeln, dass sowohl die Methodik zur Berechnung des Risikopotenzials als auch der erwähnte Mittelwert für die Periode 2012-2015 nicht ausreichend definiert sind.

Greenpeace, WWF und Aqua Viva fordern ein zusätzliches Zwischenziel: „Die extensive Bewirtschaftung und die Pufferzonen nach DZV und ChemRRV werden nachweislich eingehalten.“

Der Kanton Graubünden, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL, EAWAG und die Gemeinde Rümlang verlangen ein zusätzliches Zwischenziel zum Schutz des Grundwassers: „Das Grundwasser entspricht 2021/2026 an allen Messstellen den gesetzlichen Qualitätsanforderungen der GSchV bezüglich Fremdstoffen.“

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz und Wallis, VD ZG, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, Eaux souterraines VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, die EVP, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, Cercl'eau, OdA, die Bildungscoalition, FiBL, EAWAG und die Gemeinde Rümlang verlangen ein neues Leitziel zum Schutz der Trinkwasserressource: „Die für Trinkwasserzwecke nutzbaren Grundwasservorkommen sind vor nachteiligen Auswirkungen der PSM-Anwendung wirkungsvoll geschützt und enthalten keine künstlichen, langlebigen Stoffe, die von PSM herrühren.“ Zusammen mit den 3 stellungnehmenden Departementen des Kantons Aargau fordern sie, mit Ausnahme der Baudirektion ZH, VD SO und dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, ein Zwischenziel 1: „Ab 2018/2020/2021 werden in Grundwasserschutzzonen keine PSM mehr eingesetzt (Ausnahmen für S3 für unproblematische, nicht wassergängige PSM vorbehalten).“ Weitere Zwischenziele, die von einigen dieser Konsultationsteilnehmer verlangt werden, sind: „Ab 2018/2021 sind in PSM-belasteten Zuströmbereichen geeignete Gewässerschutzmassnahmen inklusive Wirkungskontrollen verbindlich festgelegt und umgesetzt (Verbot oder Sonderbewilligungspflicht für bestimmte PSM)“, „Bis im Jahre 2030 gibt es für alle Abbauprodukte im Grundwasser keine Überschreitungen des Wertes von 0.1 µg/L mehr (Grundlage: NAQUA)“ und „Ab 2020 sind keine Pflanzenschutzmittel mit langlebigen Stoffen und Abbauprodukten im Grundwasser mehr zugelassen.“

Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SwissTabac, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, Omya und HAFL verlangen, dass auf Reduktionsziele für nicht relevante Metaboliten und nicht quantifizierbare Restrisiken verzichtet wird.

5.6 Schutz terrestrischer Nichtzielorganismen

FRC und HAFL begrüßen die Ziele. Der Kanton Graubünden fordert eine Bedarfsabklärung. *Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG* möchte keine konkreten Reduktionszahlen. *BV BE* lehnt Zwischenziel 1 ab.

Der Kanton Bern, VD ZG, das Departement des Innern SH, DGE VD, die GLP, karch, KOF, Cercl'eau und SCNAT fordern eine Zielerhöhung auf 75% oder 90%.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL und die Gemeinde Rümlang verlangen, dass bis 2026 der Einsatz von PSM mit für einheimische wildlebende Arten und natürliche Lebensräume hohem Gefahrenpotential um 50% reduziert wird und die Emissionen in naturnahe Nichtzielflächen um 100% reduziert werden. *SCNAT* verlangt ein weiteres Zwischenziel, welches auf die Reduktion des Einsatzes von Wirkstoffen zielt, die für terrestrische Nichtzielorganismen sehr toxisch sind. Ebenfalls sollen geeignete Indikatoren entwickelt oder erwähnt werden.

Die Kantone Bern und Schwyz, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR, NW und VD, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD und BFS verlangen eine klare Definition des Begriffs „naturnahe Nichtzielflächen“.

5.7 Schutz der Bodenfruchtbarkeit

Swisspatat, FRC und HAFL begrüßen die Ziele.

DIAF FR, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, CVA, SVZ, VSGP, FK Gemüse, scienceindustries, PSM-Hersteller und Agridea verlangen Abklärungen, welcher Zusammenhang zwischen einer allfälligen Abnahme der Bodenfruchtbarkeit und dem Einsatz von PSM besteht. Auch *der Kanton Graubünden und die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau* erläutern, dass es viele Faktoren gibt, die die Bodenfruchtbarkeit beeinflussen.

Die Kantone Bern, Schwyz und Graubünden, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, DETA GE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSGP, FK Gemüse, Oekotoxzentrum und BFS verlangen, dass die Bodenfruchtbarkeit und die entsprechende Datengrundlage klar definiert werden.

Umweltschutz Kanton UR, SEn/AfU, das Departement des Innern SH, die Sezione aria acqua suolo TI, DGE VD, Vision Landwirtschaft, asci, die Vogelwarte Sempach, BGS und Cercle sol verlangen die Erarbeitung von risikobasierten Grenzwerten für PSM-Rückstände in Böden.

Scienceindustries und PSM-Hersteller lehnen Zwischenziel 2 zur Reduktion der Anwendungen persistenter Wirkstoffe ab, weil moderne PSM eine längere Verweildauer im Boden haben können, ohne dass nachteilige ökologische Nebenwirkungen festgestellt würden.

Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSGP und FK Gemüse verlangen für Zwischenziel 2 eine Verknüpfung des Kriteriums der Persistenz mit der Toxikologie. *Das Oekotoxzentrum* hingegen will, dass zusätzlich auch Anwendungen von PSM mit einer sehr hohen akuten Toxizität oder einem starken Bioakkumulationspotential reduziert werden.

Die Kantone Bern und Schwyz, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, BV BE, VTL und BFS möchten eine klare Definition, welche PSM als persistent gelten, auf welcher Datengrundlage die Periode 2012-2015 basiert und ob Lückenindikationen entstehen können.

5.8 Schutz der Kulturen

Das Landwirtschaftsamt VD, BV BE, swisspatat, FRC, scienceindustries, PSM-Hersteller, FiBL, HAFL und SCNAT begrüßen dieses Ziel.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern und Schwyz, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSKP, APDP, Omya, BFS und PP FL fordern, dass beim Leitziel die Erhaltung des Produktionsniveaus, die Produktequalität und -sicherheit klar herauskommt.

Die EVP, VKMB, Vision Landwirtschaft, Coop, asci, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Aqua Viva und WS Helvetas möchten ergänzt haben, dass sich das Zwischenziel nur auf standortangepasste Kulturen bezieht.

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse und GVBF fordern als zusätzliches Zwischenziel: „Bis 2026 stehen im Sinne einer Resistenzstrategie für 80% aller Kulturen mindestens drei Wirkstoffe zur Verfügung.“

6 Massnahmen

Die GPS, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, Helvetas und die Vogelwarte Sempach verlangen für jede Massnahme quantitative Umsetzungsziele.

6.1 Anwendung

6.1.1 Reduktion der PSM-Anwendungen

Die Kantone Bern und Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, VSKP, VSGP, FK Gemüse und Jardin Suisse unterstützen die Stärkung des Grundsatzes, dass eine chemische Behandlung als letzte Möglichkeit erfolgt, nachdem andere Pflanzenschutzmassnahmen erfolglos oder nicht umsetzbar sind.

Agridea möchte, dass neben der Forschung auch die Bildung und Beratung als wichtiger Faktor genannt wird, um die Anwendungen zu reduzieren.

6.1.1.1 Verzicht oder Teilverzicht auf Herbizide

Die Kantone Bern, Graubünden und Wallis, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Landwirtschaftsamt VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKGS, GDK, SBV, ZBV, BV BE, SOB, BVBB, BV SH, VTL, CVA, CNAV, fenaco, SLV-ASMA, apisuisse, SGPV, VKGS, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, SOV, AZO, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, Coop, sgv usam, Greenpeace, Cercl'eau, HAFL und Agridea begrüssen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen diese Massnahme ab. Scienceindustries und PSM-Hersteller warnen, die zusätzliche Mechanisierung wegen des Herbizidverzichtes würde für die Landwirte Mehrkosten bedeuten und die Energiebilanz im Feldbau verschlechtern. AGORA, AgriGenève, CJA und SwissTabac äussern Bedenken, dass die Erosionsgefahr erhöht werden könnte. Einige landwirtschaftliche Organisationen, Swiss granum, SGOV und BPV möchten, dass diese Massnahme nicht aus dem bestehenden DZ-Budget finanziert wird.

Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS und SVZ legen nahe, dass ein neues System Rücksicht auf regionale Wetter-, Boden- und Topografieverhältnisse nehmen muss und sich die verschiedenen Massnahmen flexibel kombinieren, ergänzen oder austauschen lassen (Grundsatz hacken wenn trocken - Herbizide wenn Bodenbedingungen nicht ideal). Die Erkenntnisse des Hackprojektes, welches die HAFL im Auftrag des Bundes durchführt (Jahre 2015, 2016 und 2017) sollen dabei berücksichtigt werden. Zudem sollen etablierte Verfahren mit dem Ziel des Bodenschutzes (Verdichtung & Erosion) und Verhinderung von unerwünschten Nährstoffeinträgen wie Mulch- und Direktsaat weiterhin gefördert werden. Das Programm solle aber so optimiert werden, dass der Einsatz von Glyphosat ohne Wirkungsverlust auf dem Feld gesenkt werden könne.

VSGP, FK Gemüse, Swisscofel und sgv usam geben zu bedenken, dass Kulturen oder Betriebe in Regionen in denen ein (Teil-) Verzicht auf Herbizide nicht möglich ist, nicht benachteiligt werden dürfen. Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG macht darauf aufmerksam, dass die Kosten für alternative Methoden in Spezialkulturen (z. B. Gemüsekulturen) weit höher sind als im Ackerbau (z. B. Getreide). Der Kanton Wallis, das Landwirtschaftsamt TI und CVA erläutern, dass in trockenen Weinbauregionen oder in Weinbauregionen wo eine Mechanisierung nicht möglich ist, eine Umsetzung schwierig ist und höhere Beiträge erfordern würde.

Bio Suisse, Greenpeace und WS Helvetas möchten nur eine Förderung des Herbizidverzichts, nicht jedoch des Teilverzichts.

6.1.1.2 Reduktion der Aufwandmenge durch blattflächenangepasste Dosierung

Der Kanton Bern, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, DETA GE, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, SBLV, BV BE, CNAV, fenaco, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, scienceindustries, PSM-Hersteller, Cercl'eau, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen diese Massnahme ab, da sie im Obst-, Beeren-, und Weinbau bereits angewendet werde.

6.1.1.3 Reduktion der Anwendung von Fungiziden durch Anbau resistenter/robuster Kernobst-, Reb- und Kartoffelsorten

Die Kantone Bern und Wallis, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Landwirtschaftsämter TI und JU, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, swisspatat, VSKP, SwissTabac, MGB, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, scienceindustries, PSM-Hersteller, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen die Massnahme ab, der Markt würde über die Sortenwahl entscheiden.

MGB führt aus, dass sich diese Sorten am Markt jedoch nur behaupten können, wenn der bisherige Kundennutzen weiterhin erfüllt sei. Es sei daher zwingend, dass z.B. die Kocheigenschaften oder der Geschmack mindestens dieselben gewohnten Ausprägungen aufweisen. Eine Einflussnahme des BLW in den Verkauf wird als nicht zielführend erachtet.

Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, der Kanton Graubünden, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS und KPSD betonen, dass der Handel bei der Sortenwahl eine zentrale Rolle spiele und ohne dessen Berücksichtigung (v.a. bei den erwähnten Spezialkulturen) keine neuen Sorten angebaut werden könnten.

Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Greenpeace und FiBL verlangen, dass diese Massnahme viel weiter gefasst wird und viel stärker mit den Bestrebungen der Strategie Pflanzenzüchtung 2050 und der Umsetzung des Postulats 10.4152 „Förderung der Züchtung von Biosaatgut“ verknüpft wird.

Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, SVZ, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV und HAFL fordern, dass sich die Massnahme nicht auf Kernobst, Reben und Kartoffeln beschränkt.

6.1.1.4 Verzicht auf Fungizide und Insektizide mittels extensiver Produktion (Extenso)

Die Kantone Bern und Wallis, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, SBV, ZBV, BV BE, SOB, BVBB, BV SH, VTL, Prométerre, CVA, CNAV, fenaco, SLV-ASMA, apisuisse, SVZ, VSKP, SwissTabac, Cercl'eau, HAFL, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen die Massnahme ab, Extensio-Programme sollten über die Branche laufen und am Markt abgegolten werden, Pseudonachfrage führe zu Marktverzerrungen. Zudem seien gesundheitliche Risiken nicht abschätzbar. Auch Lohnunternehmer CH teilt diese Bedenken.

Die Baudirektion ZH, DIAF FR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, DDTE NE, KPSD, BZS, VSA, OdA, die Bildungscoalition und BFS empfehlen zu prüfen, ob der Extensobeitrag für Kulturen, die bereits im Extensoprogramm angebaut werden, erhöht werden könne.

Die Landwirtschaftsämter UR und NW, der Kanton Schwyz, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD SO, das Departement des Innern SH, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD und BFS wünschen, dass ein Programm „Extensio-light“ mit einer begrenzten Anzahl Fungizid- oder Insektizidapplikationen nach den Prinzipien der ökologischen Intensivierung geprüft wird. Der Kanton Schwyz, SOV und AZO schlagen Produktionssystembeiträge als eine Option vor.

Der Kanton Wallis, AGORA, Prométerre und CVA schlagen vor, auch Spezialkulturen ins Extensoprogramm aufzunehmen.

6.1.1.5 Gezielte Auswahl von PSM im Rahmen der Direktzahlungen

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Landwirtschaftsamt JU, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, swisspatat, HAFL, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVLT, SVZ, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, GVBF, SGOV und BPV lehnen diese Massnahme ab.

Der Kanton Wallis, DETA GE, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SGPV, VKGS, SVZ, HAFL und Agridea fordern einen minimalen Wechsel aus verschiedenen Wirkstoffgruppen, um Resistenzen vorzubeugen. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, VSGP und FK Gemüse halten fest, dass in Spezialkulturen und insbesondere im Gemüsebau die Mittelauswahl bereits sehr eingeschränkt sei und daher eine weitere Einschränkung kaum praxistauglich sei.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz und Graubünden, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, KIP und BFS regen an, eine grundsätzliche Änderung des „Sonderbewilligungs-Systems“ anzustreben und nicht bloss punktuelle oder kosmetische Anpassungen. Statt die Kriterien zu erweitern solle geprüft werden, ob eine Verbesserung der Beratung und der Information bezüglich Produkteigenschaften eher zielführend sei. Sie warnen, dass mit der Einführung von weiteren Kriterien (zusätzlich zur Nützlings-Schonung) das System „Sonderbewilligung“ extrem komplex würde und für den Vollzug praktisch nicht mehr umsetzbar wäre.

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK fordern, dass in den Weisungen des BLW geregelt wird, wie die Vollzugsstellen über die Neuerungen in Kenntnis gesetzt werden.

Die EVP, Vision Landwirtschaft, apisuisse, asci, SKS, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Aqua Viva und FiBL stören sich an der Bezeichnung „weniger harmlosen“ für im ÖLN Sonderbewilligungspflichtige PSM und schlagen „schädlicheren“ vor.

6.1.1.6 Lenkungsabgabe

Der Kanton Bern, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, die GLP, die GPS, Bio-terra+VdGV, SVGW und weitere Wasserversorger, BV BE, Biosuisse, Demeter, apisuisse, Coop, Pro Natura, PNV, PNG, SWG, VSA, Helvetas, Cercl'eau, OdA, die Bildungscoalition und SCNAT begrüßen diese Massnahme.

Die Kantone Graubünden und Wallis, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Landwirtschaftsämter TI und JU, DETA GE, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVLT, Swiss granum, SGPV, VKGS, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, GVBF, SGOV, BPV, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, MGB, Landi, economisuisse, sgv usam, scienceindustries, PSM-Hersteller, HAFL, Jardin Suisse und PP FL lehnen diese Massnahme ab. Eine Lenkungsabgabe sei sehr aufwändig und würde kaum helfen, das Risiko zu reduzieren.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, ascì, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL, EAWAG und WS Helvetas fordern zudem eine Erhöhung des MwSt.-Satzes bis Ende 2018/2019, wobei die GPS und WS Helvetas einen MwSt.-Satz von 0% für biologische PSM vorschlagen und IBMA und FiBL keine Abgabe auf unbedenkliche PSM möchten.

6.1.2 Reduktion der PSM Emissionen

6.1.2.1 Kontrolle der Spritzgeräte auch ausserhalb des ÖLN

Die Kantone Schwyz und Graubünden, VD SO, das Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Volkswirtschaftsdepartement SG, DETA GE, einige landwirtschaftliche Organisationen, SGPV, VKGS, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, HAFL, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, VD SO, das Volkswirtschaftsdepartement SG, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, DETA GE, und KIP geben zu bedenken, dass diese Massnahme einen Mehraufwand für die Kantone bedeute. Allgemein sei der Vollzug bei nicht ÖLN-Betrieben schwierig und aufwendig. Zudem fehle das Druckmittel der Sanktionierung mit der Kürzung von Beiträgen.

6.1.2.2 Regionale Projekte zur Reduktion der Anwendungen und Emissionen

Die Kantone Graubünden und Wallis, SBV, BVBB, BV SH, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, SwissTabac, VSGP, HAFL und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Departement des Innern SH, das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Landwirtschaftsamt TI, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen diese Massnahme ab.

Der Kanton Wallis, CNAV, VSGP und Agridea empfehlen, die Administration zu vereinfachen, damit die Projekte schnell realisiert werden können

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz und Graubünden, die Landwirtschaftsämter UR, NW, TI und JU, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSKP, KIP und BFS empfehlen zu prüfen, ob statt regionaler nicht nationale Projekte sinnvoller wären. Zudem kritisieren einige, dass auf nationaler Ebene mehr personelle Ressourcen zur Unterstützung der Projektträgerschaft bei der Projekterarbeitung vorzusehen sind. Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG findet hingegen, dass regionale Projekte ein guter Praxistest sind und erst danach zu nationalen Projekten werden sollten.

Das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU und BPUK/KVU verlangen klarere Rahmenbedingungen. Neue Erkenntnisse aus Art. 62a Projekten müssen zu Anpassungen beim bestehenden Recht (z.B. Anpassung der DZV) führen. Die durch eine zeitliche Limitierung von Projekten ausgelösten Rechtsunsicherheiten seien zu vermeiden.

6.1.2.3 Förderung emissionsarmer Spritzgeräte

VD SO, das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Landwirtschaftsamt TI, der Kanton Wallis, DETA GE, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, swisspatat, VSKP, VSGP, Omya, HAFL, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, der Kanton Graubünden, die Sezione aria acqua suolo TI, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DTE/SCAV, VKCS, GDK, die GLP, die EVP, Bio Suisse, Demeter, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, Lohnunternehmer CH, asci, SKS, Greenpeace, BirdLife, NVSB, die Vogelwarte Sempach, FiBL, SCNAT und EAWAG fordern ein Obligatorium für emissionsarme Spritzgeräte im ÖLN. Förderprogramme zur Einführung neuer Techniken seien nur in besonderen Fällen, welche den Rahmen der wirtschaftlichen Zumutbarkeit übersteigen, zu rechtfertigen. Das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, swisscofel und sgv usam beantragen, dass gleichzeitig eine Frist gesetzt wird, bis wann Applikationsgeräte, die den erforderlichen Standard nicht erfüllen, noch eingesetzt werden dürfen.

6.1.2.4 Einschränkung der Verwendung von „guns“ und Kanonen

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, apisuisse und SCNAT begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DETA GE, einige landwirtschaftliche Organisationen, SGOV, BPV und Jardin Suisse lehnen diese Massnahme ab.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz, Wallis und Graubünden, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, die Landwirtschaftsämter UR, NW, TI und VD, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, SOV, AZO, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, scienceindustries, PSM-Hersteller, Agridea und BFS sind gegen ein Verbot für die Anwendung in Reben und Hochstammobstbäumen, bzw. verlangen, dass der Schutz dieser Kulturen weiterhin sichergestellt wird.

Das Landwirtschaftsamt JU und CJA sind gegen ein Verbot in Weiden und gemäss Jardinsuisse gibt es keine praxistauglichen Alternativen zum Einsatz von guns in Baumschulen und Hochstammkulturen.

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU und BPUK/KVU wollen die Gerätehersteller verpflichten, die Abdrift-Distanzen zu bestimmen - als Ergänzung zu den Gerätespezifikationen.

6.1.3 Schutz der Kulturen

6.1.3.1 Schliessen von Lückenindikationen

Die Kantone Bern, Graubünden und Wallis, das Departement des Innern SH, das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Landwirtschaftsämter TI und VD, DETA GE, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, swisspatat, VSKP, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, GVBF, scienceindustries, PSM-Hersteller, HAFL, Agridea und Jardin Suisse begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse, GVBF, SGOV und BPV fordern eine weitere Massnahme „Resistenzmanagement“. Die Forschung und Beratung solle ganzheitliche und in der Praxis geprüfte Ansätze zum mittel bis langfristigen Schutz der in der Schweiz angebauten Kulturen erarbeiten.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, einige landwirtschaftliche Organisationen, VSGP, FK Gemüse SGOV und BPV möchten eine zusätzliche Massnahme „Verfügbarkeit von PSM (aller Art) für Kleinkulturen verbessern“: Die Verfügbarkeit von PSM, insbesondere für Anwendungen von geringfügigem Umfang sowie für geeignete Resistenzstrategien solle bis 2025 verbessert werden. Im Ausland bewilligte PSM müssen nach Erhalt des Dossiers rascher auch in der Schweiz zugelassen werden.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse, GVBF, SGOV und BPV wollen eine zusätzliche Massnahme „Gewährleistung des Schutzes der Kulturen“: Die durch Anwendungsverbote betroffenen Flächen sollen durch Förderung von risikomindernden Massnahmen minimiert werden. Wo möglich, sollen risikomindernde Massnahmen von Bund, Kantone und Branchen gemeinsam erarbeitet werden.

Die GPS, Bio Suisse, Demeter, Greenpeace, FiBL und WS Helvetas verlangen einen besseren Schutz der PSM-freien Parzellen (Kulturen, wo das PSM nicht zugelassen ist, Bioparzellen, private oder öffentliche Flächen, Wald, Schutzgebiete, Gewässer), durch Schutzabstände zu Lasten der Parzellen des PSM-Anwenders (Verursacherprinzip).

6.2 Spezifische Risiken

6.2.1 Oberflächengewässer

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern und Schwyz, BPUK/KVU, VKCS und GDK fordern, dass das Kapitel mit dem Bereich Grundwasser/Trinkwasserressource erweitert wird.

6.2.1.1 Reduktion der punktuellen Einträge in Oberflächengewässer

a) Förderung kontinuierlicher Innenreinigungssysteme für Spritzgeräte

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Landwirtschaftsämter TI und VD, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, der Kanton Wallis, DETA GE, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, SBV, ZBV, BV BE, SOB, BVBB, BV SH, VTL, CVA, CNAV, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, sgv usam, HAFL, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen diese Massnahme ab, da diese über den aktuellen Stand der Technik hinausgehe, insbesondere die Umrüstung von Altgeräten.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmende Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, swisscofel und sgv usam verlangen aber, dass gleichzeitig eine Frist gesetzt wird, bis wann Applikationsgeräte, die den erforderlichen Standard nicht erfüllen, noch eingesetzt werden dürfen, da diese Ausrüstung zum Stand der Technik gehöre.

Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, VD SO, der Kanton Graubünden, VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, Pro Natura und die Vogelwarte Sempach möchten, dass anstelle einer Förderung kontinuierlicher Innenreinigungssysteme, diese ab 2018 als Stand der Technik im Rahmen des ÖLN eingefordert werden.

b) Mitführen eines Spülwassertanks für die Spülung der Spritzgeräte auf dem Feld

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Landwirtschaftsamt TI, das DETA GE, das SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, SCNAT und Agridea begrüßen diese Massnahme.

c) Förderung umweltschonender Behandlungssysteme für PSM-haltige Abwässer

VD ZG, das Departement des Innern SH, Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Landwirtschaftsämter TI und VD, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DETA GE, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse und SCNAT begrüßen diese Massnahme.

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU und BPUK/KVU sind jedoch der Meinung, das Umsetzungsziel „Erhöhung der Anzahl der Behandlungssysteme für PSM-haltige Abwässer“ sei kein sinnvolles Ziel. Das Ziel sei ganzheitlicher zu formulieren (z.B. „PSM-haltige Abwässer, welche nicht auf dem Feld ausgebracht werden können, sollen über konforme Behandlungsanlagen entsorgt werden.“).

6.2.1.2 Reduktion der Abschwemmung von PSM in Oberflächengewässer

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, das Umweltschutzamt JU und BPUK/KVU begrüßen diese Massnahme.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen diese Massnahme ab, in den Verordnungen seien bereits ausreichende Vorschriften vorhanden.

Die Kantone Bern und Schwyz, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD und BFS geben zu bedenken, dass zu prüfen sei, wie strengere Anwendungsvorschriften in die Praxis vermittelt werden könnten und nötigenfalls seien Ressourcen dazu zur Verfügung zu stellen. Zudem sei zu prüfen, ob die Massnahme „reduzierte Bodenbearbeitung“ sinnvoll sei.

Der Kanton Graubünden, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat und VSKP warnen, die neuen Massnahmen müssten praxistauglich sein und dürften nicht zu neuen Problemen wie vermehrter Erosion führen.

Die Baudirektion ZH, der Kanton Schwyz, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU und Cercl'eau verlangen, dass PSM nur zugelassen werden, wenn die regulatorisch akzeptablen Konzentrationen (RAC) und die gewässertoxikologischen Beurteilungskriterien (EQS Werte gemäss GSchV) im Gewässer eingehalten werden.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, Coop, asci, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutz Organisationen, VSA, OdA, die Bildungscoalition, FiBL, EAWAG, die Gemeinde Rümlang und SFV fordern, dass für Wirkstoffe, die im Rahmen des Gewässermonitorings häufig über den Anforderungswerten (EQS) und 0.1 µg/L nachgewiesen werden, automatisch strengere Auflagen verfügt werden.

Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DETA GE, AGORA, SBLV, VTL, Prométerre, AgriGenève, CJA, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss und FCVV sind gegen eine Vergrösserung der Pufferstreifen.

Greenpeace und WWF fordern eine Reduktion der Abschwemmung durch die Kontrolle der Einhaltung der Pufferstreifenvorgaben der ChemRRV und der DZV, sowie der Einhaltung der extensiven Bewirtschaftung der Gewässerräume.

6.2.1.3 Entwicklung von Strategien zur Reduktion der PSM Einträge in Oberflächengewässer über Drainagen, die Entwässerung von Strassen und Wegen sowie über Schächte auf Parzellen

HAFL begrüsst diese Massnahme. Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern und Graubünden, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, VD SO, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, KIP und BFS finden diese Massnahme zwar sinnvoll, die Konsequenzen für den Vollzug seien aber nicht klar.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse, SGOV und BPV unterstützen diesen Ansatz, sofern eine einzelstoffliche Beurteilung und keine Pauschalbehandlung der verschiedenen Wirkstoffe erfolge. Zudem sei zu klären, wie sich Schadstofffrachten von Strassenentwässerungen ins Landwirtschaftsland auf Gewässer, Grundwasser und Bodenleben auswirke.

6.2.1.4 Förderung der guten fachlichen Praxis zum Schutz der Gewässer auf Betriebsebene

Die Kantone Bern und Schwyz, die Landwirtschaftsämter UR, NW, VD und JU, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, SEn/AfU, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, DDTE NE, DETA GE, das Umweltschutzamt JU, LDK, BPUK/KVU, VKCS, GDK, KOLAS, KPSD, SBLV, ZBV, BV BE, SOB, Prométerre, CNAV, fenaco, SLV-ASMA, Lohnunternehmer CH, SwissTabac, VSA, Cercl'eau, OdA, die Bildungscoalition, BFS und Agridea begrüssen diese Massnahme. Es wird auf positive Erfahrungen in Frankreich verwiesen. Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, KIP und Jardin Suisse lehnen diese Massnahme ab.

Der Kanton Bern, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD SO, DDTE NE, DETA GE, LDK, KOLAS, KPSD und BFS warnen, solche Audits oder Analysen seien aufwendig (zeitlich und finanziell). Der Aufwand für die Kantone (Beratung, Vollzug) sei nicht zu unterschätzen. Die Einführung dieser Massnahme müsse deshalb sorgfältig geprüft werden.

Der Kanton Schwyz, VD ZG, SEn/AfU, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und Cercl'eau möchten ein ganzheitliches Konzept für Beratung / Kontrolle für Landwirtschaftsbetriebe, damit die Last für die Betriebe nicht weiter steigt. Zudem sei eine klare Trennung zwischen Beratung und Kontrolle anzustreben und eine Zusammenlegung mit der Massnahme Beratung sei nötig.

Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, SGPV, VSKP, SwissTabac und Agridea fordern, dass solche Audits freiwillig sein müssen und keine Kontrolle sein dürfen.

Gemäss SBV und weiteren landwirtschaftlichen Organisationen, SVZ und VSKP ermögliche die umfassende einzelbetriebliche Beratung die Problemlösung ganz an der Quelle. Sie verlangen, dass sich solche Audits auf jene Regionen konzentrieren wo z. B. die numerischen Anforderungen an die GSchV wiederholt und deutlich nicht eingehalten werden, also auf jene Gebiete mit dem grössten Handlungsbedarf. Dazu sei ein Konzept unter Einbezug der Kantone und Branchen auszuarbeiten.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, asci, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva, FiBL, EAWAG und SFV möchten, dass ein allfälliger Beitrag für die Umsetzung von Massnahmen an die tatsächliche Reduktion des spezifischen Risikos gebunden wird.

6.2.2 Anwenderinnen und Anwender

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern und Wallis, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Landwirtschaftsamt TI, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, DETA GE, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, BV BE, CVA, SGPV, VKGS, scienceindustries, PSM-Hersteller, SCNAT und Agridea begrüessen grundsätzlich einen besseren Schutz der beruflichen Anwenderinnen und Anwender. Einige sind allerdings der Meinung, dies sei über entsprechende Anreizsysteme zu erreichen, um die staatlichen Ressourcen zu schonen. Über geeignete Anreize soll die Privatwirtschaft motiviert werden, anwenderschutzfreundliche Produkte und praxistaugliche Schutzausrüstungen zu entwickeln.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG und SGOV lehnen die entsprechenden Massnahmen ab, da internationaler Standard verpflichtend sei und die Verantwortung beim Anwender liege.

Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, VTL, scienceindustries, PSM-Hersteller und Agridea betonen, dass die Informationen auf den Etiketten heute überladen und unübersichtlich sind und vereinfacht werden sollten, damit sie von Anwenderinnen und Anwender gelesen werden.

Das Landwirtschaftsamt UR, die EVP, VKMB, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, asci, SKS, FRC, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, EAWAG und SFV fordern, dass sich Krankenversicherer, Anbauverbände und/oder die Industrie an den entstehenden Kosten für die Umsetzung der Anwenderschutzmassnahmen beteiligen.

Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, das Volkswirtschaftsdepartement SG, der Kanton Wallis, FBS, BV SG, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, scienceindustries, PSM-Hersteller und Agridea kritisieren, die Verbesserung der Ergonomie der Schutzkleidung sei in erster Linie von den Herstellern und nicht von staatlichen Organisationen anzugehen.

Bei den Massnahmen für die nicht beruflichen Anwender und Anwenderinnen begrüssen *die Kantone Schwyz und Wallis, VD ZG, SEn/AfU, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Volkswirtschaftsdepartement SG, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Landwirtschaftsamt TI, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, DETA GE, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, einige landwirtschaftliche Organisationen, SGPV, VKGS, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, karch, Cercl'eau, KOF, HAFL, SCNAT, Agridea und Jardin Suisse* die Publikation einer Liste von PSM, die für die nicht berufliche Verwendung bewilligt sind. Ein Grossteil dieser Stellungnehmenden begrusst auch die Prüfung strengerer Zulassungskriterien.

VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, der Kanton Graubünden, DGE VD, das Landwirtschaftsamt VD, DTE/SCAV, VKCS, GDK, die GPS, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, Bioterra+VdGV, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, IBMA, SKS, FRC, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, Cercl'eau, FiBL, EAWAG, die Gemeinde Rümlang, SFV, WS Helvetas und 3468 Einzelpersonen fordern ein Verbot des Einsatzes chemisch-synthetischer PSM und gefährlicher biologischer PSM für nicht berufliche Anwenderinnen und Anwender, bzw. eine Einschränkung auf „very low risk“ PSM (vgl. dazu die Préparations Naturelles Peu Préoccupantes in Frankreich) mit einer vereinfachten Dosierung. *Die Baudirektion ZH, das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV, BPV, VSGP, FK Gemüse und Jardin Suisse* empfehlen, nur noch gebrauchsfertige Mischungen für die Hobbyanwendung zuzulassen.

6.2.3 Konsumentinnen und Konsumenten

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, die Landwirtschaftsämter TI und JU, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, ZBV, CNAV, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, swisspatat, VSGP, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, MGB und SCNAT begrüssen die Durchführung einer Risikobeurteilung für PSM-Mehrfachrückstände in Lebensmitteln. *Das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV* lehnen die Massnahme in dieser Form ab. Allfällige Studien seien international im Rahmen der WHO als Langzeituntersuchung durchzuführen.

Der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämter UR, NW, VD und JU, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, VSGP, sgv usam und BFS möchten, dass für die Risikobeurteilung auch weitere Chemikalien, wie z.B. Kosmetika, Haushaltprodukte, Kaffee, Kleidung, Pflegeprodukten, Energy-Getränken, Powerfood usw. berücksichtigt werden. *Der Kanton VS, CVA und SwissTabac* warnen hingegen, dass aus Ressourcengründen nur die problematischsten Wirkstoffe und Metaboliten berücksichtigt werden sollten.

Der Kanton Schwyz, das Volkswirtschaftsdepartement SG, einige landwirtschaftliche Organisationen, VSGP, SGOV und BPV verlangen, dass auch Importprodukte berücksichtigt werden.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kanton Aargaus, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ und VSKP verlangen, dass Expositionsrechnungen bis 2016 mit bestehenden Untersuchungsdaten durchgeführt werden, da zusätzliche Monitoringprogramme mit hohen Kosten verbunden sind und der Zusatznutzen unklar ist. Dazu könnten ergänzend zu den amtlichen Kontrollen auch bereits erarbeitete Daten der Produzenten herangezogen werden, insbesondere die Untersuchungen von Branchenorganisationen wie SOGUR. Die Überprüfung der Wirksamkeit der Massnahmen des Aktionsplans könne beispielsweise auch durch eine "standardisierte" Probenahme im Rahmen des NKP erfolgen. Die EVP, SKS, scienceindustries, PSM-Hersteller, Greenpeace, WWF, Pusch und Aqua Viva unterstützen die Weiterführung der nationale Verzehrerhebung MenuCH.

Die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, MGB, acsi, SKS, Greenpeace, BirdLife, WWF, Pusch, Aqua Viva, FiBL und SFV verlangen, dass Verzehr- und Expositionsdaten für besonders sensible Bevölkerungsgruppen (Säuglinge, Kinder, chronisch Kranke, werdende und stillende Mütter, usw.) spezifisch untersucht werden.

6.2.4 Terrestrische Nichtzielorganismen

6.2.4.1 Anwendungsverbot entlang von Biotopen

DETA GE, VKMB und apisuisse begrüessen diese Massnahme, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau begrüessen 6m Pufferstreifen zu nationalen Biotopen. Das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Demeter, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, SWG, VSA, WV Seeland, OdA, die Bildungskolalition, FiBL, SCNAT, EAWAG, die Gemeinde Rümlang und SFV verlangen eine Ausweitung auf Biotop von kantonaler und lokaler Bedeutung, bzw. auf naturnahe Lebensräume. Die Unterscheidung zwischen nationalen, regionalen und lokalen Biotopen mache wenig Sinn, da es sich bei diesen inventarisierten Flächen um Lebensräume handle, welche vor negativen externen Einflüssen geschützt werden müssen. Einige verlangen zudem eine Zusammenlegung und Neuformulierung der Massnahmen 6.2.4.1 und 6.2.4.2.

DIAF FR, das Volkswirtschaftsdepartement SG, der Kanton Graubünden, das Landwirtschaftsamt VD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SLV-ASMA, SVLT, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, Agridea und Jardin Suisse lehnen diese Massnahme ab. Anstelle von Abständen, empfehlen sie, die PSM-Emissionen zu reduzieren (Massnahme 6.2.4.2). Das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, HAFL und KIP sind gegen eine Ausweitung auf kantonale und lokale Biotop.

6.2.4.2 Reduktion der PSM-Emissionen in naturnahe Nichtzielflächen

Der Kanton Wallis, DETA GE, SBV, SBLV, BV BE, SOB, BVBB, BV SH, VTL, CNAV, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP und HAFL unterstützen die Reduktion der PSM-Emissionen in naturnahe Nichtzielflächen im Grundsatz.

DIAF FR, das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SwissTabac, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV und KIP lehnen diese Massnahme ab.

Die Kantone Bern und Wallis, das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, die Landwirtschaftsämter UR und NW, VD SO, das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse, SGOV, BPV, HAFL, KIP, BFS und Agridea sind gegen eine Erweiterung dieser Massnahme auf Biodiversitätsförderflächen (BFF). Dies würde die Akzeptanz dieser Massnahme und auch der BFF vermindern. Zudem wäre dies

für den Vollzug der DZV bei den Kantonen mit zusätzlichem Aufwand verbunden. *Der Kanton Bern* ist für eine Einstufung der BFF als naturnahe Nichtzielflächen, aber gegen Abstände diesen gegenüber.

EVP, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, FiBL, SCNAT, die Gemeinde Rümli und SFV verlangen die Erreichung des Umsetzungsziels bis 2020 statt 2026. *Apisuisse und einzelne Umwelt- und Naturschutzorganisationen* verlangen eine totale Verhinderung der Emissionen in naturnahe Nichtzielflächen. *KOF* verlangt die Einrichtung von Pufferflächen zwischen Zielflächen und allen Nichtzielflächen.

6.3 Begleitende Instrumente

6.3.1 Aus- und Weiterbildung und Beratung

Eine Verbesserung der Ausbildung und die Einführung einer Weiterbildungspflicht werden grösstenteils begrüsst, ebenso eine Stärkung der unabhängigen Beratung.

Die Baudirektion ZH und das Landwirtschaftsamt JU lehnen eine staatlich verordnete Weiterbildungspflicht für Anwender ab, fordert eine solche aber für Berater.

VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Cercle'eau und Cercle sol verlangen, dass die Weiterbildungspflicht durch eine Prüfung ersetzt wird (analog Massnahme 6.3.1.3). Es sei Sache der Privatwirtschaft für ein entsprechendes Weiterbildungsangebot zu sorgen und nicht Sache des Staates. Zudem empfehlen sie, die Schnittstellen mit den Bestimmungen zur Sachkenntnis bei der Abgabe von Chemikalien in der ChemV sorgfältig zu klären und Synergien zu nutzen.

Die VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Cercle'eau, Cercle sol und SCNAT begrünnen die Einführung einer „Fachbewilligungskarte“ mit einer zeitlich beschränkten Gültigkeit. Zudem erhoffen sich einige dadurch eine bessere Erhebung der PSM Anwendungen (siehe Kapitel 6.3.3.7). Die Einführung einer „Fachbewilligungskarte“ wird von *der Baudirektion ZH, dem Kanton Wallis, SBV und weiteren landwirtschaftlichen Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, SwissTabac, VSGP und FK Gemüse* wegen zu hoher administrativer Kosten abgelehnt.

Die Einführung einer separaten Prüfung für den Erwerb der Fachbewilligung in der Grundbildung wird von *DIAF FR, den 3 stellungnehmenden Departementen des Kantons Aargau, dem Kanton Wallis, dem Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, KPSD, SBV und weiteren landwirtschaftlichen Organisationen, SVZ, VSKP, GVBF und BFS* begrüsst. *Die Landwirtschaftsämter UR und NW, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, LDK, KOLAS, Lohnunternehmer CH und KIP* fordern, dass der Erwerb der Fachbewilligung nicht mehr durch die Anerkennung der Grundbildung, sondern nur noch mittels separater Prüfung in einem eigenen Modul erworben werden kann.

Die Baudirektion ZH, SEn/AfU, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratoire cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Cercle'eau und Cercle sol empfehlen ein ganzheitliches Konzept für Beratung und Kontrolle für Landwirtschaftsbetriebe sowie ein Finanzierungsmodell unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips zu erstellen.

6.3.2 Forschung

Der Ausbau der Forschung wird grundsätzlich begrüsst, insbesondere auch die Forschung nach Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz. Eine Mehrheit der kantonalen Stellen verlangt einen Miteinbezug der Kantone in die Verantwortung der Weiterentwicklung des integrierten Pflanzenschutzes und der Prognose-Modelle.

Einige Stellungnehmende unterstützen die Forschung über Risiken von Beistoffen, andere finden, das Thema sei nicht hoch zu priorisieren.

Der Kanton Bern, der Umweltschutz Kanton UR, VD ZG, SEn/AfU, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, die Sezione aria acqua suolo TI und Cercle sol verlangen, dass auch die Risiko-beurteilung für die Bodenfruchtbarkeit weiterentwickelt wird.

6.3.3 Monitoring

6.3.3.1 Rückstände in Lebensmitteln

Ein Monitoring der Rückstände auf Lebensmitteln wird von *den Kantonen Bern und Wallis, dem Landwirtschaftsamt TI, der GLP, der EVP, PIOCH, CVA, CNAV, SLV-ASMA, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV, Coop, SKS, WWF, Pusch, Aqua Viva und SCNAT* begrüsst. Zudem finden *die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, acsi, Greenpeace, BirdLife, FiBL und EAWAG* sinnvoll, Rückstandsmonitoringdaten national zu bündeln.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Volkswirtschaftsdepartement SG, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, da Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, FBS, BV SG, VTL, SOV, AZO, SGOV und BPV lehnen ein nationales Monitoring jedoch aus Kostengründen und wegen fehlenden Nutzens bzgl. Risikoreduktion ab. *Der Kanton Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SVZ und VSKP* empfehlen in erster Linie kantonale Daten zu erheben und auszuwerten.

6.3.3.2 Human Biomonitoring

Die Aufnahme von PSM im Human Biomonitoring wird durch *den Kanton Bern, die Sezione aria acqua suolo TI, die GLP, die EVP, SGPV, VKGS und Coop* begrüsst und durch *das Volkswirtschaftsdepartement SG, FBS, BV SG, SGOV und BPV* abgelehnt. *Scienceindustries und PSM-Hersteller* wollen, dass das Human Biomonitoring nach international anerkannten Methoden und Richtlinien durchgeführt wird.

6.3.3.3 Erfassung chronischer Erkrankungen

Einen Aufbau eines Programms zur Erfassung chronischer Erkrankungen wird durch *den Kanton Bern, die GLP, AGORA, Prométerre, CJA, SGPV, VKGS und SCNAT* begrüsst und durch *das Volkswirtschaftsdepartement SG, den Kanton Graubünden, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, FBS, BV SG, SGOV, BPV, FK Gemüse und Coop* abgelehnt.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK verlangen, dass die Fälle von chronischen Erkrankungen und Unfälle bei der Zulassung von PSM berücksichtigt werden.

6.3.3.4 Grundwasser

Ein Ausbau des Monitorings von PSM-Rückständen im Grundwasser wird von *den Kantonen Bern und Schwyz, VD ZG, dem Departement des Innern SH, dem Departement Bau und Volkswirtschaft AR, den 3 stellungnehmenden Departementen des Kantons Aargau, dem Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, der GLP, BV BE, SGPV, VKGS, Coop, Cercl'eau und SCNAT* begrüsst.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, VTL, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen einen Ausbau des Monitorings im Grundwasser ab. Scienceindustries und PSM-Hersteller verlangen, dass international anerkannte Methoden und Richtlinien angewendet werden.

6.3.3.5 Fließgewässer

Ein Ausbau des Monitorings von PSM-Rückständen in Fließgewässern wird von *den Kantonen Bern und Schwyz, VD ZG, dem Departement des Innern SH, dem Departement Bau und Volkswirtschaft AR, dem Laboratorio cantonale TI, DGE VD, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, der GLP, BV BE, SGPV, VKGS, VSGP, FK Gemüse, Coop, Greenpeace, WWF, Aqua Viva, Cercl'eau und SCNAT begrüsst.*

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen einen Ausbau des Monitorings in Fließgewässern ab. Scienceindustries und PSM-Hersteller verlangen, dass international anerkannte Methoden und Richtlinien angewendet werden.

Die Baudirektion ZH und das Landwirtschaftsamt VD möchten, dass auch die biologische Qualität der Gewässer in den Monitorings erhoben wird.

Die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, Greenpeace, NVSB und Agridea begrüßen, resp. fordern, dass die Resultate aus dem Monitoring rasch in die Zulassung einfließen.

6.3.3.6 Boden

Der Kanton Bern, die Landwirtschaftsämtler UR, NW und JU, der Umweltschutz Kanton UR, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DDTE NE, das Umweltschutzamt JU, LDK, BPUK/KVU, KOLAS, KPSD, die GLP, SGPV, VKGS, Coop, Cercle sol, BGS und BFS begrüßen den Aufbau eines Monitorings von PSM-Rückständen im Boden.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, der Kanton Graubünden, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen den Aufbau eines solchen Monitorings ab.

Der Kanton Bern die Landwirtschaftsämtler UR, NW, VD und JU, das Volkswirtschaftsdepartement OW, DIAF FR, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, Agridea und BFS kritisieren, dass zuerst ein Indikator zur Bodenfruchtbarkeit erarbeitet werden müsse, bevor ein entsprechendes Ziel definiert werde. Einige verlangen zudem, dass sich der Indikator für die Bodenfruchtbarkeit nach agronomischen Parametern zu richten habe.

6.3.3.7 PSM-Anwendungen in der Landwirtschaft

Der Kanton Bern, VD ZG, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Landwirtschaftsamt TI, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, die GLP, SBV, AGORA, SBLV, ZBV, BV BE, SOBV, CVA, CNAV, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, GVBF, Coop und HAFL begrüßen den Ausbau der Erhebung der PSM-Anwendungen in der Landwirtschaft.

Das Volkswirtschaftsdepartement SG, VTL, FBS, BV SG, SGOV und BPV lehnen einen Ausbau ab.

VD ZG, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DGE VD, das Landwirtschaftsamt VD, DTE/SCAV, VKCS, GDK, die EVP, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, VSA, Oda, die Bildungscoalition, FiBL, EAWAG und SCNAT wollen eine flächendeckende Erhebung der PSM-Anwendungen mittels der „Fachbewilligungskarte“.

Die Kantone Bern und Wallis, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SGPV, VKGS, SVZ, VSKP, VSGP, FK Gemüse, GVBF und HAFL wollen eine zusätzliche Erhebung von ausserlandwirtschaftlichen PSM- und Biozid-Anwendungen.

6.3.4 Information und Kommunikation

Die vorgeschlagenen Verbesserungen im Bereich der Information und Kommunikation werden grundsätzlich begrüsst.

Der Kanton Graubünden, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, SKS, SVGW und weitere Wasserversorger, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Aqua Viva, FiBL und WS Helvetas verlangen, dass die Kommunikationslinie bzgl. PSM-Rückstände in Lebensmitteln von einem unabhängigen wissenschaftlichen Begleitgremium geprüft wird.

Der Kanton Bern, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und Cercl'eau verlangen, dass der Bund genau definiert, welche Fragestellungen er mit den zusätzlichen Informationen aus dem Vollzug der Kantone beantworten will.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz, Graubünden und Wallis, die Landwirtschaftsämter UR, NW, VD und JU, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, VTL, CVA, SwissTabac, scienceindustries, PSM-Hersteller und BFS wollen auch eine Thematisierung des Nutzens von PSM. SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, VSGP, FK Gemüse, FSV, IVVS, ASVEI, VitiSwiss, FCVV und sgV usam wünschen, dass sich die Informationen nicht nur auf das CH-Zulassungsverfahren von PSM beschränken, sondern alle PSM-Themen beinhalten.

VKMB, Vision Landwirtschaft, apisuisse, acsi, Greenpeace, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach, Pusch, Aqua Viva, das Oekotoxzentrum und EAWAG verlangen eine Veröffentlichung der Zulassungsentscheide. Die GPS und Helvetas kritisieren, dass damit nur ein kleiner Teil der geforderten Transparenz des Bundes erfüllt würde. Scienceindustries und PSM-Hersteller warnen, dass die Veröffentlichung von Informationen dem bestehenden Gesetzesrahmen entsprechen müsse und nicht den Zweck haben dürfe, der Öffentlichkeit Einblick in wettbewerbsrechtlich relevante Daten zu geben.

6.4 Zusätzliche Massnahmen

6.4.1 Zulassung von PSM

Die Baudirektion ZH, der Kanton Bern, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, die EVP, VKMB, Bio Suisse, Vision Landwirtschaft, Coop, acsi, SKS, FRC, Greenpeace, Pro Natura, WWF, BirdLife, die Vogelwarte Sempach und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, SWG, VSA, Cercl'eau, WV Seeland, OdA, die Bildungscoalition und EAWAG verlangen, in Anlehnung an die von Interface im August 2016 durchgeführte Studie, Massnahmen zur Verbesserung des Zulassungssystems. SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen sowie SVZ möchten mehr Transparenz beim Zulassungsverfahren. Die Baudirektion ZH, VD ZG, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DGE VD, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK denken, mit einem Verbot (z.B. der oder mit einschränkenden Anwendungsbedingungen könnte das Risiko stark reduziert werden (z.B. Verbot der umweltschädlichsten und der kanzerogenen Produkte,

Einschränkungen des Einsatzes in sensiblen Zonen wie Schutzzonen, Einschränkung von Produkten, deren Wirkstoffe zu Beanstandungen nach Gewässerschutzrecht führen).

6.4.2 PSM-Datenbank

DIAF FR, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, SVZ, swisspatat, swisscofel, VSKP, VSGP, FK Gemüse, sgv usam und Agridea verlangen eine anwenderfreundliche, an die Bedürfnisse der Praxis angepasste PSM-Datenbank.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und KIP fordern, dass produkt- bzw. wirkstoffspezifische Konsequenzen für die Anwender für jedes Produkt einfach ersichtlich sind (im PSM-Verzeichnis).

6.4.3 Förderung biologischer Landbau

Die GPS, Bio Suisse, Demeter, CJA, apisuisse, FRC, Greenpeace, FiBL, SCNAT und WS Helvetas fordern eine zusätzliche Massnahme "Förderung der Umstellung auf Biologische Landwirtschaft". *ZBV, SOBv, BV SH, CNAV und SLV-ASMA* hingegen warnen, die Märkte- und Absatzsituation nicht als Ganzes aus den Augen zu verlieren. Die Bio-Getreidefläche komme beispielsweise an ihre Grenzen, weil die Märkte nicht bereit seien, mehr als 50% Inlandanteil bei Bio-Weizen zu übernehmen.

Bio Suisse, Greenpeace und FiBL fordern, dass der Staat ab 2018 – sofern erhältlich – nur noch Nahrungsmittel beschafft, welche nach Standards produziert wurden, welche auf chemisch-synthetischen Pestizideinsatz verzichten (insbesondere zertifiziert nach Bio- oder IP-Standard).

Der Kanton Wallis und CVA schlagen bei den Spezialkulturen vor, die individuellen Parzellen, welche nach den Anforderungen des biologischen Landbaus kultiviert werden, wieder neu zu fördern.

6.4.4 Schutz des Grundwassers

Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU, der Kanton Schwyz, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, die EVP, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, SKS, WWF und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, OdA, die Bildungskonkalition, FiBL und SFV fordern ein Anwendungsverbot für PSM in den Grundwasserschutzzonen S2 und S3 und in der Grundwasserschutzzone S3 eine Ausnahmegenehmigung für unproblematische, nicht wassergängige PSM (bspw. gemäss Hilfsstoffliste für den biologischen Landbau; ohne Kupfer). Auch *der Kanton Wallis* verlangt, dass die Grundwasserschutzzonen S2 und S3 besser geschützt werden.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern und Schwyz, VD ZG, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK und Cercl'eau möchten, dass abgeklärt wird, welche Pflanzenschutzmittel zu Rückständen von Abbauprodukten über 0.1 µg/l im Grundwasser (das zu Trinkwasserzwecken genutzt wird) führen und dass geprüft wird, mit welchen Einschränkungen bei der Zulassung eine Höchstkonzentration von 0.1 µg/l erreicht werden könnte. *Die EVP, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, acsi, SKS, WWF und weitere Umwelt- und Naturschutzorganisationen, VSA, OdA, die Bildungskonkalition, FiBL, EAWAG und SFV* verlangen, dass geeignete Gewässerschutzmassnahmen (Verbot oder Sondergenehmigungspflicht für bestimmte PSM im jeweiligen Zuströmbereich) angeordnet werden für PSM, welche im Grundwasser eines Zuströmbereichs in Konzentrationen über 0.1 µg/L je Einzelstoff oder über 0.5 µg/L in der Summe auftreten.

6.4.5 Massnahmen aus dem Pestizid-Reduktionsplan von Vision Landwirtschaft

Der Kanton Graubünden, GPS, SVGW und weitere Wasserversorger, Vision Landwirtschaft, NVSB, die Vogelwarte Sempach, Helvetas und Cercl'eau verlangen, dass weitere Massnahmen aus dem Pestizid-Reduktionsplan von Vision Landwirtschaft aufgenommen werden.

7 Indikatoren

SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, VSKP und HAFL verlangen, dass die Landwirtschaft in die Auswahl und Entwicklung der Indikatoren mit einbezogen wird.

Der Kanton Schwyz, SBV und weitere landwirtschaftliche Organisationen, fenaco, SLV-ASMA, SVZ, VSGP und FK Gemüse möchten, dass bei Rückständen in Lebensmitteln zwischen inländischen und importierten Lebensmitteln unterschieden wird.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz und Wallis, die Landwirtschaftsämter UR, NW und JU, das Volkswirtschaftsdepartement OW, VD ZG, DIAF FR, VD SO, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, DDTE NE, LDK, KOLAS, KPSD, VTL, SGPV, VKGS, VSGP und BFS möchten, dass ein Indikator zur Entwicklung des Produktionsniveaus entwickelt wird.

Die Baudirektion ZH, die Kantone Bern, Schwyz und Wallis, VD ZG, SEn/AfU, VD SO, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS, GDK, Greenpeace, WWF, Aqua Viva und Cercl'eau möchten, dass ein Indikator fürs Grundwasser/Trinkwasser aufgenommen wird.

8 Evaluation und Berichterstattung

Eine Berichterstattung alle 5 Jahre wird grundsätzlich begrüsst.

Die Baudirektion ZH, VD ZG, das Departement des Innern SH, das Departement Bau und Volkswirtschaft AR, die 3 stellungnehmenden Departemente des Kantons Aargau, das Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG, das Laboratorio cantonale TI, DGE VD, DTE/SCAV, das Umweltschutzamt JU, BPUK/KVU, VKCS und GDK verlangen einen Miteinbezug der Kantone beim Erstellen des Berichts. Zusammen mit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL, der Sezione aria acqua suolo TI und Cercl'eau verlangen sie zudem ein ganzheitliches Kommunikationskonzept zum Aktionsplan, um die Bevölkerung von den Bemühungen und den Erfolgen in Kenntnis zu setzen.

Anhang: Liste der Stellungnehmenden

Nr.	Abkürzung	Stellungnehmende
0000	Kantone	
0001a	Baudirektion ZH	Baudirektion des Kantons Zürich
0002	Kanton Bern	Regierungsrat des Kantons Bern
0003a	Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement LU	Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern
0004b	Landwirtschaftsamt UR	Amt für Landwirtschaft des Kantons Uri
0004c	Umweltschutz Kanton UR	Amt für Umweltschutz Kanton Uri
0005	Kanton Schwyz	Regierungsrat des Kantons Schwyz
0006a	Volkswirtschaftsdepartement OW	Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Obwalden
0007b	Landwirtschaftsamt NW	Amt für Landwirtschaft des Kantons Nidwalden
0009a	VD ZG	Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug
0010a	DIAF FR	Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts DIAF Fribourg
0010c	Sen/AfU	Service de l'environnement du canton de Fribourg
0011a	VD SO	Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn
0012a	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt BS	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel Stadt WSU
0013a	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Land
0014c	Departement des Innern SH	Departement des Innern Kanton Schaffhausen
0015a	Departement Bau und Volkswirtschaft AR	Departement Bau und Volkswirtschaft des Kantons Appenzell Ausserrhoden
0017a	Volkswirtschaftsdepartement SG	Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St. Gallen
0018	Kanton Graubünden	Regierungsrat des Kanton Graubündens
0019a	Departement Finanzen und Ressourcen AG	Departement Finanzen und Ressourcen des Kantons Aargau
0019d	Departement Gesundheit und Soziales AG	Departement Gesundheit und Soziales des Kanton Aargau
0019e	Departement Bau, Verkehr und Umwelt AG	Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kanton Aargau
0020a	Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG	Departement für Inneres und Volkswirtschaft Kanton Thurgau
0021b	Landwirtschaftsamt TI	Divisione dell'economia del Cantone Ticino Sezione dell'agricoltura
0021c	Laboratorio cantonale TI	Laboratorio cantonale TI
0021d	Sezione aria acqua suolo TI	Sezione della protezione dell'aria, dell'acqua e del suolo
0022a	DGE VD	Direction générale de l'environnement du canton de Vaud (DGE)
0022b	Landwirtschaftsamt VD	Service de l'agriculture du canton de Vaud
0022c	DTE/SCAV	Service de la consommation et des affaires vétérinaires du Canton de Vaud
0022d	Eaux souterraines VD	Canton de Vaud- Direction générale de l'environnement (DGE) - Division Eau - Section Eaux souterraines
0023	Kanton Wallis	Regierung des Kantons Wallis
0024a	DDTE NE	Département du développement territorial et de l'environnement
0025a	DETA GE	Département de l'environnement, des transports et de l'agriculture de Genève DETA

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation: Aktionsplan Pflanzenschutzmittel

0026b	Landwirtschaftsamt JU	Service de l'économie rurale du canton du Jura
0026c	Umweltschutzamt JU	République et Canton du Jura, Office de l'environnement
0030	Kantonale Konferenzen und andere behördliche Gremien	
0031	LDK	Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren
0032	BPUK/KVU	BPUK: Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz KVU: Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz <i>BPUK und KVU haben eine gemeinsame Stellungnahme eingereicht</i>
0033	KOLAS	Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz
0044	GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren
0034	VKCS	Verband der Kantonschemiker der Schweiz
0038	KPSD	Konferenz der kantonalen Pflanzenschutzdienste
0041	SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
0043	IVA	Interkantonaler Verband für Arbeitnehmerschutz
0829k	Cercl'eau	Cercl'eau
0829m	Cercle sol	Cercle sol
0829b	CIPEL	Commission internationale pour la protection des eaux du Léman
0829h	VSA	Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute
1093	VSSG/USSP	Vereinigung Schweizerischer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter
0100	Politische Parteien	
0103	SVP	Schweizerische Volkspartei
0105	GLP	Grünliberale Partei
0107	GPS	Grüne Partei der Schweiz
0108	EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
0114	PSJ	Parti socialiste jurassien
0200	Landwirtschaftliche, berufsständische Organisationen	
0200	Nationale Organisationen	
0201	SBV	Schweizer Bauernverband
0204	VKMB	Kleinbauern-Vereinigung
0206	BZS	Bäuerliches Zentrum Schweiz
0207	SBLV	Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband
0211	Bio Suisse	Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen
0214	FBS	Freisinnige Bäuerinnen und Bauern Schweiz
0215	Demeter	Verein für biologisch-dynamische Landwirtschaft und Schweiz. Demeter-Verband
0230	Kantonale Organisationen	
0231	ZBV	Zürcher Bauernverband
0232	BV BE	Berner Bauern Verband
0246	SOBV	Solothurner Bauernverband
0247	BVBB	Bauernverband beider Basel
0248	BV SH	Schaffhauser Bauernverband
0252	BV SG	St. Galler Bauernverband
0255	VTL	Verband Thurgauer Landwirtschaft
0258	Prométerre	Association vaudoise de promotion des métiers de la terre

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation: Aktionsplan Pflanzenschutzmittel

0259	CVA	Chambre valaisanne d'agriculture/Walliser Landwirtschaftskammer
0260	CNAV	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture
0261	AgriGenève	AgriGenève
0262	CJA	Chambre jurassienne d'agriculture
0280	regionale Organisationen	
0203	AGORA	Association des groupements et organisations romands de l'agriculture
0216	PIOCH	Production intégrée ouest Suisse
0282	LOS	Landwirtschaftliche Organisation Seeland
0300	Agrarpolitisch fokussierte Organisationen	
0302	Vision Landwirtschaft	Vision Landwirtschaft
0350	Produktionsmittel	
0354	fenaco	fenaco Genossenschaft
0358	SLV-ASMA	Schweizerischer Landmaschinen-Verband
0359	SVLT	Schweizerischer Verband für Landtechnik
0360	Lohnunternehmer CH	Lohnunternehmer Schweiz
0500	Viehwirtschaft	
0510	Rind	
0516	Swiss Beef	Swiss Beef CH
0590	Bienen	
0592	apisuisse	apisuisse
0600	Pflanzenbau und Weinwirtschaft	
0610	Getreide und Ölsaaten	
0611	Swiss granum	Swiss granum
0613	SGPV	Schweizerischer Getreideproduzentenverband
0614	VKGS	Verein kollektiver Getreidesammelstellen der Schweiz
0630	Hackfrüchte	
0631	SVZ	Schweizerischer Verband der Zuckerrübenpflanzer
0634	swisspatat	Swisspatat
0635	swisscofel	Verband des Schweiz. Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels
0636	VSKP	Vereinigung Schweizer Kartoffelproduzenten
0650	Spezialkulturen ohne Rebbau	
0651	SOV	Schweizerischer Obstverband
0653	AZO	Arbeitsgemeinschaft Zentralschweizer Obstproduzenten
0654	SwissTabac	Fédération suisse des Associations de planteurs de tabac
0657	VSGP	Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten
0657a	GVBF	Gemüseproduzenten- Vereinigung der Kantone Bern und Freiburg
0659	SGOV	St. Galler Obstverband
0666	FK Gemüse	Fachkommission Gemüseproduzentenvereinigung der Kantone Thurgau und Schaffhausen
0667	BPV	St. Galler Beerenpflanzervereinigung
0670	Weinwirtschaft	
0671	IVVS	Interprofession de la vigne et des vins suisses
0672	FSV	Fédération suisse des vigneron
0685	ASVEI	Association suisse des vigneron-encaveurs indépendants

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation: Aktionsplan Pflanzenschutzmittel

0686	VitiSwiss	Schweizerischer Verband für eine Nachhaltige Entwicklung im Weinbau
0687	FCVV	Fédération des caves viticoles vaudoises
0700	Handel und Konsum	
0700	Detailhandel	
0701	MGB	Migros-Genossenschafts-Bund
0702	Coop	Coop Genossenschaft
0707	Landi	LANDI Schweiz AG
0710	Konsum	
0712	acsi	Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana
0714	SKS	Stiftung für Konsumentenschutz
0715	FRC	Fédération romande des consommateurs
	Wasserversorger	
0224	SVGW	Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches
0224a	WVG	Wasserbund Grauholz AG
0224b	FSG	Feuerschaugemeinde Appenzell Energie- und Wasserversorgung Appenzell
0224	WRJ	Wasserversorgung Rapperswil-Jona
0225	AGE	AGE SA, Acqua Gas Elettricità Chiasso
0827	SWG	Seeländische Wasserversorgung Gemeindeverband
0829d	WVS	Wasserversorgung Sulgen
0829f	WVSteckborn	Wasserversorgung der Stadt Steckborn
0829g	Viteos	Viteos SA
0829l	SIGE	Service intercommunal de gestion (SIGE)
0829n	IBAAarau	IBAAarau Trinkwasser AG
0829p	WV Sursee	Wasserversorgung Sursee
0829s	WV Seeland	Wasserbund Seeland AG
0829v	GWD	Genossenschaft Wasserversorgung Dübendorf
0829w	Val Terbi	syndicat des eaux du Val Terbi (SEVT)
1094	TBW	Technische Betriebe Weinfelden AG
1099	GWV	Gemeindewerke Villmergen
1100	WVZ	Wasserversorgung Zürich
1103	RWB	Regionalwerke Baden
0750	Wirtschaftsverbände und PSM-Hersteller	
0750	Wirtschaftsverbände	
0751	economiesuisse	economiesuisse - Verband der Schweizer Unternehmen
0752	sgv usam	Schweizerischer Gewerbeverband
0764	scienceindustries	Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech
0363	APDP	Association Pflanzenschutz
0364	IBMA	International Biocontrol Manufacturers Association
1081	Jardin Suisse	Unternehmerverband Gärtner Schweiz
	PSM-Hersteller	
0764a	Bayer	Bayer (Schweiz) AG
0764b	Omya	Omya (Schweiz) AG
0764c	BASF	BASF Schweiz AG
0764d	Syngenta	Syngenta Schweiz
0764e	Stähler	Stähler Suisse SA
0800	Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Tierschutz	

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation: Aktionsplan Pflanzenschutzmittel

0800	Umwelt- und Naturschutz	
0802	Greenpeace	Greenpeace Schweiz
0803	Pro Natura	Pro Natura, Basel
0803a	PNV	Pro Natura Vaud
0803b	PNG	Pro Natura Genf
0804	WWF	WWF Schweiz
0805c	BirdLife	Schweizer Vogelschutz - Birdlife Schweiz
0805	SVS	Birdlife Zürich
0805a	BL Luzern	BirdLife Luzern
0805b	NVSB	Natur- und Vogelschutz Bätterkinden
0806	Vogelwarte Sempach	Schweizerische Vogelwarte Sempach
0812	karch	Koordinationsstelle für Amphibien- und Reptilienschutz
0828	Pusch	Pusch Umweltschutz
0829	Aqua Viva	Aqua Viva Gewässerschutz
0829a	NUR	Natur & Umwelt Rümlang
0829c	VNU	Verein Naturnetz Unteramt
0829r	Pro Weiher	Pro Weiher, Naturschutz in Roggliswil
0829t	NVAR	Naturschutzverein Aare Rhein
0854	KOF	Stiftung Fledermausschutz / Koordinationsstelle Ost für Fledermausschutz KOF
0879	PICUS	Natur- und Vogelschutzverein
0880	NVVBDW	Natur- und Vogelschutzverein Brüttsellen-Dietlikon-Wangen
0881	BirdLife Biberstein	Natur- und Vogelschutzverein BirdLife Biberstein
0882	Navo	Natur- und Vogelschutzverein Navo Alberswil-Ettiswil-Kottwil
0883	NVVG	Natur- und Vogelschutzverein Gelterkinden
0884	NVVA	Natur- und Vogelschutzverein Meise, Arbon
0885	NVU	Natur- und Vogelschutzverein Uetendorf
0886	NSVK	Naturschutzverein Kloten
0887	NVSV	Natur - und Vogelschutzverein Reitnau/Attelwil
0888	NVVS	Natur- und Vogelschutzverein Steffisburg
0889	NVHR	Natur und Vogelschutz Hasle-Rüegsau
0890	NVVGU	Natur- und Vogelschutzverein Gartenrötel Uitikon
0891	NVW	Vogel- und Naturschutzverein Wiler
0892	NVVP	Natur- und Vogelschutzverein Pratteln
0893	NVVR	Natur- und Vogelschutzverein Rheinfelden (NVVR)
0900	Forschung, Bildung und Beratung	
0900	Forschung und Bildung	
0901	FiBL	Forschungsinstitut für biologischen Landbau
0902	HAFL	Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften
0905	SCNAT	Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT)
0815	BGS	Bodenkundliche Gesellschaft der Schweiz
0906	Oekotoxzentrum	Schweizerisches Zentrum für Angewandte Ökotoxikologie Eawag-EPFL
0907	EAWAG	EAWAG
0950	Beratung und Kontrolle	
0951	Agridea	Association suisse pour le développement de l'agriculture et de l'espace rural

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation: Aktionsplan Pflanzenschutzmittel

0952	KIP	Koordinationsgruppe Integrierte Produktion Deutschschweiz und Tessin
0953	BFS	Beratungsforum Schweiz / Forum la VULG Suisse
0959	BUL	Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft
0969	OdA	OdA Umwelt
1000	Andere Gruppierungen	
0223	BIOTERRA + VdGB	Bioterra und VdGV Verband deutschschweizerischer Gartenbauvereine
0829i	Helvetas	HELVETAS Swiss Intercooperation
1092	SUVA	SUVA
1095	SFGV/FSJF	Schweizer Familiengärtner Verband
1096	Gemeinde Rümlang	Gemeinde Rümlang
1097	SFV	Schweizerischer Fischerei-Verband
1098	WS Helvetas	Schlussfolgerungen Workshop Helvetas
1101	Bildungscoalition	Bildungscoalition NGO
1102	Stadtgärtnerei BS	Stadtgärtnerei Basel
0829q	Yvonand	Gemeinde Yvonand
2000	Einzelpersonen	
2001	PP1	Von Greenpeace vorbereitete Stellungnahme, welche von 3468 Privatpersonen eingereicht wurde
2002	PP FL	Landwirtschaftsbetrieb Friedli-Lehmann